Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 160 Mk. Durch die Post monatlich 160 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Merseburgerstr. 14, Fernruf 1047 u. 2251. Geöffnet 7–5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12–1 u. 4–5 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 8.– Mk. für den Millimeter Höhe und Spalte; 20 Mk. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 1068 48, Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 7 Mark | **Donnerstag, den 5. Oktober 1922** | **2. Jahrgang. Nr. 233**

Zu Wucherpreisen für Brot kommen Wucherpreise für Zucker

Berlin, 4. Oktober.

Nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes" hat die Regierung der Forderung der Rübenfabrikanten auf Heraufsetzung des Rübenpreises auf 400 Mark pro Zentner stattgegeben. Der Zuckerpreis wird daher in allernächster Zeit von 2500 auf 5000 Mark pro Zentner steigen. Mit Sackspesen, Frachtgebühren und Provisionssätzen wird der Zucker im Großverkehr 7000 Mark pro Zentner kosten, das heißt im Kleinhandel vielleicht etwa 85 Mark pro Pfund. Auslandszucker ist nur 500 Mark pro Zentner teurer.

*

Die sozialdemokratisch-bürgerliche Koalitionsregierung erfüllt den großagrarischen Wucherern jeden Wunsch. Diese Spezis von Halsabschneidern, die im monarchistischen deutschnationalen Landbund organisiert sind, brauchen nur zu winken, dann sind ihnen die landwirtschaftlichen „Sachverständigen" der Koalitionsparteien zu Diensten, und die Regierung tut, was ihr diktiert wird. Jetzt hat sie, nachdem sie den Agrariern Wucherpreise für das Umlagegetreide bewilligt hat, durch die den hungernden Rentenempfängern, Frauen und Kindern das Brot aus der Hand gerissen wird, auch noch Wucherpreise für den Zucker bewilligt. Der Milchwucher gestattet den proletarischen Müttern längst nicht mehr, den Säuglingen die notwendige Milch zu kaufen, nun sollen die armen Würmer des Proletariats auch noch den zu ihrer Ernährung notwendigen Zucker, der schon bei den gegenwärtigen Preisen kaum erschwinglich war, noch ganz und gar entbehren. Das bedeutet den Mord an den Säuglingen des Proletariats.

Die diesjährige Zuckerernte ist außerordentlich günstig ausgefallen. Die Rüben- und Zuckerfabrikanten, die schon im vorjährigen Wirtschaftsjahr unerhörte Wuchergewinne eingesteckt haben, erhalten jetzt als Prämie von der Regierung eine weitere Verdoppelung ihrer Wucherpreise. Dabei kann bestimmt damit gerechnet werden, das schon in kurzer Zeit von seiten dieser Kapitalistengruppe unter einem neuen Vorwand eine weitere Erhöhung der Preise verlangt und von der Koalitionsregierung bewilligt werden wird. Selbst dem bürgerlichen „Berliner Tageblatt" geht diese Haltung der Reichsregierung zu weit. Die Haltung der sozialdemokratischen Minister in den für die Arbeiter brennendsten Lebensmittelfragen offenbart am besten das wahre Gesicht der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei.

Schiedsspruch für die Braunkohlenarbeiter

WTB. Berlin, 4. Oktober.

Im Anschluß an die Schiedsverhandlungen für den Steinkohlenbergbau wurden im Reichsarbeitsministerium Schiedssprüche für die Lohnregelung im Braunkohlenbergbau gefällt. Diese sehen eine Erhöhung der Schichtlöhne vor, die für den Rheinischen Braunkohlenbezirk 100 Prozent, für den Dürener Bezirk 91 Prozent, für die Kernreviere des mitteldeutschen Bezirks 92 Prozent der für das Ruhrgebiet vorgesehenen Lohnerhöhungen betragen. Für die Randreviere des mitteldeutschen Braunkohlenbezirks sind 90 Prozent, für den bayrischen Braunkohlenbergbau 90 bis 94 Prozent der für die Kernreviere des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues bewilligten Zulagen vorgesehen. Für den oberschlesischen und den westerwälder Braunkohlenbergbau beträgt die Lohnerhöhung 138 Mk. pro Schicht bei den Spitzenlöhnen. In diesen Lohnerhöhungen ist eine Erhöhung der sozialen Zulagen einbegriffen. Die Frist zur Erklärung über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs läuft für beide Teile am 1. Oktober ab.

*

Nachdem der Schiedsspruch für die Steinkohlenarbeiter, der nur die Hälfte der geforderten Erhöhungen vorsieht, für verbindlich erklärt worden ist, bedeuten diese neuen Schiedssprüche eine noch viel ungenügendere Lohnerhöhung für die Braunkohlenarbeiter. Die Lebensmittelpreise sind überall ganz gleich stark angewachsen, trotzdem sollen die mitteldeutschen und bayrischen Braunkohlenarbeiter noch bedeutend weniger erhalten, als die westfälischen Bergarbeiter. Die vorgesehene Erhöhung beträgt teilweise nur 10 bis 12 Mark pro Stunde. Die prozentuale Steigerung der Löhne ist fast überall kaum halb so hoch, wie die Steigerung der Kohlenpreise. Die Unternehmer machen dabei also ein glänzendes Geschäft, und die Gewerkschaftsführer geben dieser Regelung ihren Segen. Nicht eher werden die Bergarbeiter zu ihrem Recht und zu auskömmlichen Löhnen kommen, als bis sie sich im Kampf mit der übrigen Arbeiterschaft gegen Teuerung, Wucher und Ausbeutung, Goldlöhne und die Kontrolle der Produktion und der Preise erkämpfen.

Das Gespenst der Arbeitslosigkeit

(Eigene Drahtmeldung.)

Breslau, 5. Oktober.

In der Schuhfabrik Dorndorf in Breslau wurde die Arbeitszeit auf 35 Stunden herabgesetzt. Es ist bereits angekündigt worden, daß ab 6. Oktober nur noch 24 Stunden gearbeitet werden soll. In der Wohlauer Schuhfabrik wird nur noch 41 Stunden gearbeitet. Des weiteren haben viele kleinere Fabriken Kurzarbeit angekündigt. Der Einschränkung der Fabrikation liegt ein unverbindlicher Beschluß des Schuhfabrikantenverbandes von Schlesien zugrunde.

Wittenberg, 5. Oktober.

Im hiesigen Kreise wird in der Seifenpulverfabrik, in den Gummiwerken Elbe und der Schokoladenfabrik verkürzt gearbeitet. Desgleichen sind in der Seifenfabrik und in der Druckerei von Herosé & Ziemsen bereits zahlreiche Entlassungen vorgenommen worden. Mit weiteren Entlassungen ist zu rechnen.

*

Zur Hungergeißel kommen die Skorpione der Arbeitslosigkeit. Der ADGB., der den Proletariern täglich verspricht, für das notleidende Proletariat Aktionen einzuleiten, um ihm erschwingliche Preise für Brot und Kohlen zu sichern, tat nichts. Er weiß nur zu hetzen gegen die Kommunisten, und den Zusammenschluß des Proletariats zum Kampf für die Kontrolle der Produktion, der Preise und der Warenverteilung zu sabotieren. Die Führer des ADGB. und der USPD. halten das Proletariat hin, sie verraten ihre eigenen Forderungen von der Erfassung der Sachwerte, weil sie den Kampf scheuen wie der Teufel das Weihwasser; sie fühlen sich als die Sachwalter der Großbourgeoisie und der Großagrarier und lassen das Proletariat im Sumpfe des Elends versinken, weil sie selbst, die sich ihre Gehälter von den Arbeitern bezahlen lassen, oder Riesengehälter als staatliche oder kommunale Krippenbeiser beziehen. Die Arbeiterschaft muß sich loslagen von diesen Führern und die Selbsthilfe organisieren durch Förderung der Betriebsrätebewegung, ehe es zu spät ist!

Einigung zum Kampf

(Eigener Drahtbericht.)

Gera, 4. Oktober.

Aus Anlaß der Einigungskonferenz der USPD. hat sich die Sozialistische Proletarierjugend Gera für die Einigung mit der Kommunistischen Jugend entschieden. 130 Mitglieder der SPJ. Geras traten zur KJ. über. Die Führer der SPJ. fürchten, daß ihre Mitglieder überall das gleiche tun werden, sie berufen deshalb zum Sonntag, dem 8. Oktober, ihren Reichsausschuß zusammen, um so die Einigung über die Köpfe der Mitgliedermassen zu vollziehen. Die klassenbewußten Jungproletarier der SPJ. müssen diesen Ausschuß, der nicht ihre Meinung vertreten kann, in dieser entscheidenden Frage für unzuständig erklären und die Einberufung einer Reichskonferenz fordern, auf der auch sie vertreten sind.

Ausdehnung der Betriebsrätebewegung

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 5. Oktober.

Die Betriebsrätebewegung nimmt einen immer größeren Umfang an. Nun haben sich auch die Funktionäre der freien Gewerkschaften Berlins, die in der Gewerkschaftskommission zusammengeschlossen sind, für die Forderungen des Offenen Briefes der Berliner Fünfzehnerkommission ausgesprochen. Ebenso für die Einberufung eines Reichsbetriebsrätekongresses. Das Verhalten der Funktionäre scheint wie ein Blitzschlag bei den Spitzen des ADGB. gewirkt zu haben. Der „Vorwärts" bringt eine vollständig irreführende Meldung über den bedeutungsvollen Vorgang. Aus dem Reiche kommen jeden Tag Meldungen über die Vorbereitungen zu örtlichen Vollversammlungen der Betriebsräte und umfassende Vorbereitungen für das Abhalten von Bezirkskonferenzen der Betriebsräte. Die Bewegung hat sich nunmehr über das ganze Reich bis in die abgelegensten Industrieorte erstreckt. Teilweise ist auch die Landbevölkerung davon erfaßt worden. Allem Anschein nach vollzieht sich nunmehr die Bewegung auf einer breiteren Grundlage, als wir bisher angenommen hatten. Im allgemeinen ist das Programm für die Vollversammlungen und die Bezirkskonferenzen dem Kreis eingereiht, der von den Berliner Betriebsräten gezogen worden ist. Vielfach treten die Kontrollausschüsse und die ihnen praktisch gestellten Aufgaben in den Vordergrund des Interesses. Die Aufgabe unserer Genossen ist es, den Kontrollausschüssen bei der Durchführung praktischer Maßnahmen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Ausrufung der Republik in Saloniki?

PO. Saloniki, 4. Oktober.

Das Aktionskomitee der vereinigten Matrosen- und Soldatenräte hat die griechische Republik ausgerufen.

*

Wir vermögen die Richtigkeit dieser Meldung nicht nachzuprüfen. Es ist darin nicht gesagt, ob es sich um die Ausrufung einer bürgerlich-nationalistischen oder einer Räterepublik handelt. Jedenfalls besteht durchaus die Möglichkeit, daß die Militärrevolte in eine tatsächliche Revolution der erbitterten Arbeiter- und Bauernmassen umschlägt. Es ist bezeichnend, daß die Meldung von der Aktion der Matrosen- und Soldatenräte aus Saloniki kommt. Saloniki, die große Hafenstadt am Aegäischen Meer, ist einer der wenigen Orte Griechenlands, in denen es ein klassenbewußtes Proletariat, starke Gewerkschaften und eine kampffähige Organisation der Kommunistischen Partei gibt. Zahlreiche Demonstrationen, Streiks und Unruhen machen Saloniki seit langem zu einem gefährlichen Herd des Klassenkampfes. Es ist abzuwarten, wie sich die weitere Entwicklung in Griechenland gestaltet. Jedenfalls werden es die Arbeiter im venezilistischen Königreich oder in einer Bourgeois-Republik um kein Haar besser haben, als unter der Säbelherrschaft des verjagten Konstantin.

Dollar vormittag 10 Uhr: 2050 Mark

Das Ende der sozialistischen Partei Italiens

Im gegenwärtigen Augenblick spricht der Kongreß von Rom die formelle Bestätigung einer vollendeten Tatsache aus. Die Sozialistische Partei Italiens, die im Jahre 1892 in Genua gegründet wurde, spaltet sich heute in mindestens zwei Teile. In Rom stehen sich vier verschiedene Richtungen gegenüber. Rechts die starke reformistische Minderheit unter Turati; links die maximalistische, d. h. koalitionsfeindliche Parteimehrheit Serratis; dazwischen ein paar bedeutungslose Mittelgruppen, schließlich auf der äußersten Linken die „Fraktion der 3. Internationale".

Serrati hat den Ausschluß der rechtssozialistischen Minderheit beantragt. Die Anhänger der Koalitionspolitik betonen noch stärker, daß der sofortige Bruch notwendig ist. Heute oder morgen wird die Trennung beschlossen werden. Damit scheidet die Sozialistische Partei Italiens aus dem politischen Leben aus. Zum ersten Mal erlebt eine alte sozialistische Arbeiterpartei in einem großen Industrieland ihren völligen Bankrott. Sie stirbt nicht, wie der russische Menschewismus, unter den Stößen der siegreichen proletarischen Revolution, sondern sie verendet unter den Fußtritten der weißen Garde. Während die Führer der italienischen Sozialdemokratie die Fahne des Klassenkampfes fallen lassen, hissen die faszistischen Mordbanden auf hundert sozialistischen Rathäusern, Volkshäusern und Gewerkschaftshäusern die grünweißrote Nationalflagge der bürgerlichen Diktatur.

Wer trägt die Schuld am Untergang der stärksten italienischen Arbeiterpartei? Wer trägt die Verantwortung für die furchtbaren Nöte und Niederlagen des italienischen Proletariats? Diese Frage ist für die deutschen Arbeiter von brennender Wichtigkeit. Es muß offen gesagt werden, daß die Gefahr einer ähnlichen Entwickelung auch in der deutschen Republik besteht. Auch wir haben eine große sozialdemokratische Massenpartei, die sich nicht nur heimlich, sondern offen zur Koalitionspolitik bekennt. Auch die deutschen Sozialdemokraten wecken bei den Arbeitern die glänzendsten Illusionen die leuchtendsten Hoffnungen mit dem Hinweis auf die glücklich erreichte Vereinigung von Nürnberg. Die geeinigte Sozialdemokratie soll die deutschen Arbeiter aus dem Hunger und der Not kampflos ins demokratische Paradies führen. Die Einheitspartei soll einen festen Block bilden, der allen Angriffen der Ausbeuter trotzt. Mit diesen Verheißungen wird die Politik der Arbeitsgemeinschaft und der Kommunistenhetze in Deutschland begründet.

In Italien war es nicht anders. Auf dem Parteitag in Livorno im Januar 1921, fehlte weder die reformistische Deutlichkeit der Wels und Hermann Müller, noch die radikale Phrase der Dißmann und Rosenfeld. Der Wels hieß Turati, und sein Partner Serrati unterschied sich von Rosenfeld nur dadurch, daß er im Scheinradikalismus viel weiter gegangen war. Der revolutionäre Vormarsch des italienischen Proletariats hatte die Sozialdemokratie schon 1919 bis nach Moskau gezwungen. Als die Welle der Massenkämpfe nach der Fabrikbesetzung im Dezember 1920 stillstand, lüfteten die Reformisten zum ersten Mal die Maske. Im Januar 1921 lehnten sie bereits die 21 Bedingungen der 3. Internationale ab und trennten sich vom kommunistischen Flügel. Serrati zog die Spaltung nach links dem Ausschluß Turatis vor. Die Kommunistische Partei Italiens wurde gegründet. Die Sozialdemokraten beider Richtungen blickten verächtlich auf die zahlenmäßige Schwäche der Kommunisten herab. Sie ließen die Einheitsfanfaren klingen. Große Teile des Proletariats glaubten ihnen.

Aber die italienischen Arbeiter mußten die Illusionen der Einheitspartei mit ihrem Blut bezahlen. Die Loslösung von Moskau war für die Faszisten das Signal zum Generalangriff. Die Reaktion schätzte den Wert der Einheitspartei sofort richtig ein. Ihre Rechnung wurde durch die Ereignisse bestätigt. Die Funktion der reformistischen Einheitspartei war nicht die Zusammenfassung und Steigerung, sondern die Fesselung und Lähmung der proletarischen Kampfkraft. Die Politik der Partei wurde nicht von den radikalen Redensarten Serratis, nicht vom ehrlichen Wollen der sozialdemokratischen Arbeiter bestimmt, sondern von den Parlamentarier- und Gewerkschaftsbureaukraten des rechten Flügels.

Während die Arbeiter in den besetzten Fabriken rote Garden bildeten, verhandelte der Reformist d'Aragona mit dem Ministerpräsidenten Giolitti über die Räumung der Betriebe. Als sich die Arbeiter, vom Faszismus verfolgt und gepeinigt, mit dem Mut der Verzweiflung zum Generalstreik erhoben, ging der Sozialdemokrat Turati zum König von Italien und sicherte ihm den Abbruch des Kampfes zu. Als die Schwäche und Feigheit der Reformisten dem Bürgertum zum Siege verholfen hatten, als nach der blutigen Niederlage des letzten Generalstreiks in ganz Italien der Faszismus mit Feuer und Schwert seine Diktatur über die Arbeiter aufrichtete, zog der rechte Flügel der Sozialdemokratie die letzten Konsequenzen aus seiner Politik. Die von Turati beherrschte Kammerfraktion erklärte sich bereit, in eine Koalitionsregierung mit den Bürgerlichen, ja notfalls sogar mit den Faszisten, einzutreten. Sie warf den Wortkram vom „kompromißlosen Klassenkampf" ebenso verächtlich beiseite, wie die deutschen Unabhängigen ihr Leipziger Aktionsprogramm. Das Ziel von Livorno war verwirklicht. Die Voraussage der Kommunistischen Internationale — die damals von zartfühlenden Opportunisten bestritten wurde —, hat sich bis auf den letzten Punkt erfüllt. Dem „Los von Moskau" mußte das „Hin zum König" folgen.

Aber jetzt brach der tödliche Widerspruch hervor, den die Führer der Einheitspartei 22 Monate hindurch mühsam unterdrückt hatten. Die sozialistischen Arbeiter hatten bis dahin an die Einheit geglaubt. Ihr Vertrauen wurde durch die Taten der Partei langsam, aber hart erschüttert. Der Verrat am Julistreik war der stärkste Beweis gegen den Reformismus. Der Entschluß zur Koalitionspolitik zerriß schließlich die letzten Illusionen. Die Massen gingen nicht

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221005-13/fragment/page=0001

mehr mit. Die eine Hälfte der Mitglieder ist durch die Faszisten aus der Partei getrieben worden. Die andere Hälfte droht sie jetzt in Zorn und Enttäuschung zu verlassen. Die italienische Sozialdemokratie ist am Ende. Zugleich mit dem Einfluß der Partei zerflattert auch der Popanz, von dem sie lebte: die Lüge von der Einheit.

Die Abkehr der Massen vom Reformismus zwingt auch einen Teil der Parteiführer zu einer veränderten Haltung. Die Gruppe Serrati muß zwischen ihrem Verfall und ihrem Umfall wählen. Bleibt sie sich selbst und ihrem bisherigen Gefährten Turati treu, so verliert sie jeden Kontakt mit den Arbeitern. Will sie ihre noch heute zahlreichen Anhänger zusammenhalten, so muß sie das Fiasko ihrer Einheitspolitik seit Livorno eingestehen. So wird Serrati, der Repräsentant der Halbheiten, durch seine eigene zweideutigkeit wider seinen Willen zu den Kommunisten gedrängt. Es ist eine Ironie, daß der Freund Paul Levis, der Feind Moskaus, nachdem er jeden Fehler und jeden Verrat begangen hat, als bestrafter Sünder zur 3. Internationale zurückkehren muß.

Serrati scheint klug genug zu sein, entschlossen diesen Weg zu wählen. Es kommt hinzu, daß er auf dem Parteitag in Rom nur durch die Unterstützung der mit den Kommunisten sympathisierenden Fraktion Lazzari-Musatti die Mehrheit über Turati erringen kann. Die verschiedenen Mittelgrüppchen, die für das Zusammenbleiben der Rechten und der Linken waren, haben sich zuguterletzt für Turati erklärt.

Die Spaltung der italienischen Sozialdemokratie ist eine Lehre für das deutsche Proletariat. Sie offenbart die Hoffnungen auf die Einheitspartei als Illusion und zeigt, daß im Feuer der Klassenkämpfe nicht einmal die organisatorische Einheit zu bestehen vermag. Sogar die sozialdemokratischen Führer selbst, soweit sie dem Einfluß der Massen unterstellt sind, müssen den Reformistenblock sprengen. Die Vereinigte Sozialdemokratie Deutschlands wird der Vollstreckung dieses geschichtlichen Gesetzes nicht entgehen.

Die Zukunft der Gruppe Serrati hängt von ihrem raschen Zusammenschluß mit der Kommunistischen Partei Italiens ab. Serrati ist gewiß kein angenehmer Parteigenosse. Aber für uns sind Personenfragen Nichtigkeiten. Das Interesse der italienischen Arbeiterklasse erfordert eine große kommunistische Kampfpartei, die alle revolutionären Arbeiter über die Trümmer des Reformismus hinweg zum Angriff gegen die Kapitalsdiktatur führt.

*

Der Kongreß der italienischen Sozialisten gibt den vereinigten Schwindlern in der Redaktion des hallischen Noskeblattes Anlaß, sich als rudimentierte Fälscher zu erweisen. Verlogen, wie die Herrschaften nun einmal sind, unterschlagen sie in dem WTB.-Telegramm aus Rom die Stellungnahme der Gruppe Serrati, die sich mit den Anhängern der 3. Internationale vereinigten, um die italienischen Noskesozialisten um Treves und Turatti auszuschließen. Das so in das Gegenteil umgelogene Telegramm versehen dann die Schwindler mit dem Stichwort: „Einheitsfront gegen die Kommunisten".

Der Rauschmiß der den Kaiserer und Konsorten gleichgesinnten Turatileute, die sich mit den italienischen Orgesch-banditen koalieren wollen, ist übrigens bereits vollzogene Tatsache geworden. Der Kongreß endete mit der Spaltung der Partei, indem er mit 32 106 Stimmen den Antrag der Maximalisten annahm, durch den die Anhänger einer Mitarbeit mit bürgerlichen Parteien ausgeschlossen werden.

Wahlreden im Parlament

Neuer Oberschlesienrummel im Preußischen Landtage

(Eigener Bericht.)

Berlin, 4. Oktober.

In Preußisch-Oberschlesien haben demnächst Wahlen stattzufinden. Das war der Grund, weshalb die bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien den Preußischen Landtag mit 14 Anträgen und Anfragen über alle möglichen Dinge bombardierten, die zu Oberschlesien in Beziehung gebracht werden können. Ueber die Wohnungsnot war eben erst ausführlich debattiert worden — das Zentrum verlangt besondere Maßnahmen gegen die Wohnungsnot in den oberschlesischen Gemeinden. In Deutschland besteht ein Tumultschadengesetz, das den durch Ausstände Geschädigten Ersatzleistungen aus öffentlichen Mitteln garantiert — die Stinnesleute machen die Unruheschäden erneut zum Gegenstand einer Großen Anfrage. Die Rechte der aus den abgetretenen polnischen Gebieten nach Deutschland zurückgekehrten Ansiedler sind in großzügiger Weise wahrgenommen worden — die Deutschnationalen verlangen trotzdem besondere Maßnahmen. Die Regelung des Gemeindewahlrechts für ganz Preußen steht bevor — dennoch verlangt die USPD. Extraverordnungen. Und da bekanntlich vom Erhabenen zum Lächerlichen nur ein Schritt ist, interpellieren die Volksparteiler noch wegen „Verleihung der Roten-Kreuz-Medaille für Verdienste während der Polenaufstände."

Man bemerkt die Wahlmache auf den ersten Blick. Der Zweck der Uebung ergab sich auch aus der unbeschränkten Redezeit, die für diese Erörterungen ausdrücklich festgelegt wurde. Das Niveau des bürgerlichen Parlaments wird treffend gekennzeichnet durch diese Tatsache, wenn man mit ihr vergleicht die Beschränkung der Redezeit bei Gelegenheit der eben beendeten Notstandsdebatte. Nationalistisches Wahlgeschwätz gilt der Parlamentsmehrheit mehr, als der Kampf gegen die Verelendung des Proletariats!

Genosse Pieck, der für die kommunistische Fraktion sprach, machte von dem Rechte unbeschränkter Redezeit selbstverständlich ausgiebigsten Gebrauch. In zweistündigen Ausführungen brandmarkte er das nationalistische System der Unterdrückung, Ausbeutung und Verhetzung, das seit dem Ende des Krieges durch das Selbstschutz-Orgesch-Gesindel unter Duldung der Regierungen und mit Finanzierung durch Staatsgelder in Oberschlesien zur Verfolgung der revolutionären Arbeiterschaft angewendet worden ist. Selbstverständlich, daß die sozialdemokratischen Verbündeten der oberschlesischen Nationalisten wie diese selbst gebührend abgestraft wurden.

Wieder einmal „vor" der Reichspräsidentenwahl?

TU. **Berlin, 4. Oktober.**

Heute mittag um 12 Uhr sind die Parteiführer zu einer Besprechung in der Reichskanzlei zusammengetreten, um über die Wahl des Reichspräsidenten zu beraten. Die Besprechung dauert noch an, und zwar erwartet man in politischen Kreisen, daß ein demokratischer Antrag auf eine zweijährige Verlängerung der Amtsdauer des gegenwärtigen Präsidenten von der Mehrheit der Fraktionen angenommen werden wird.

*

Eberts Reichspräsidentenschaft hat bekanntlich ein überaus zähes Leben. Es gibt selbst nach Meinung eines großen Teils des Bürgertums kaum einen zweiten Mann in Deutschland, der sich ebenso „angenehm" bemerkbar zu machen wie die Kunst des rechtzeitigen „Zurücktretens" versteht. Es wird sich auch wohl kaum ein Zweiter finden, der als Sozialdemokrat an dieser Stelle so „geschickt" zur Verelendung der Arbeiterschaft das Seinige beträgt.

Eine Absage an die vereinigte Schwindelpartei

Die hallischen Sozialdemokraten sind ganz aus dem Häuschen ob ihrer Einigung. In ihrem Hochzeitsjubel gebärden sie sich, als sei ihr lahmer Parteikörper plötzlich in allen Gliedern schwanger und fruchtbar geworden. Allerdings kann auf das Ende dieser Stimmung gleich gewartet werden, der Katzenjammer wird folgen. Bezeichnend für ihren Geisteszustand ist es, daß das Blättchen jetzt

Der Prozeß gegen die Rathenaumörder

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

Leipzig, 3. Oktober.

1. Verhandlungstag (Nachmittagssitzung)

Nach Wiedereintritt in die Verhandlung schildert der Vorsitzende die Mordvorgänge an Hand eines ausgehängten großen Lageplanes und der Anklageschrift.

Als erster wird der Hauptangeklagte, Ernst Werner Techow, unter der Beschuldigung des Mordes über seine Personalien vernommen. Er ist 21 Jahre alt und gibt an, daß er mehreren militärischen Formationen sowie der Organisation C. angehörte. Sodann wird sein jüngerer Bruder, Hans Techow, aufgerufen. Er hat Beihilfe zum Mord geleistet, gehört der Organisation C., dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund und ähnlichen antisemitisch-nationalistischen Verbänden an, obwohl er zur Zeit des Mordes erst Oberseekadetten war. Willi Günther, der mit Ludendorff und Helfferich in freundschaftlichem Briefwechsel stand, gibt zu, mehrfach vorbestraft und in die zweite Klasse des Soldatenstandes versetzt worden zu sein. Er war, wie die meisten Angeklagten, beim Kapp-Putsch beteiligt, gehörte dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund an, ebenso auch dem Deutschen Offizersbund.

Nicht anwesend ist Günther Brand von der Sturmkompagnie der Brigade Ehrhardt, der flüchtig ist und steckbrieflich verfolgt wird. Einige andere sind merkwürdigerweise von der Anklagebehörde des Staatsgerichtshofes von vornherein trotz schwerer Verdachtsmomente auf freien Fuß gesetzt worden. Gegen den Besitzer der Burg Saaleck, Dr. Wilhelm Stein, bei dem die Rathenau-Mörder Kern und Fischer Unterschlupf gefunden hatten, ist das Verfahren im letzten Augenblick abgetrennt worden. Das ist ebenso merkwürdig, wie die ganze Verfolgungskomödie und der letzte Akt auf Burg Saaleck. Ein Seitenstück dazu bietet die Abtrennung des Verfahrens gegen die Organisation C. im Offenburger Erzberger-Mordprozeß, wo gerade an den politischen Kernpunkten vorbeiverhandelt und der auch diesmal im Hintergrund bleibende Stellvertreter Ehrhardts, Kapitänleutnant Killinger, freigesprochen wurde. Ist doch Killinger auch diesmal bereits aus dem eingeleiteten Verfahren entlassen worden.

Von den übrigen Angeklagten trat noch besonders selbstbewußt der jugendliche Warnecke auf, der aus der Sturmkompagnie Killingers hervorgegangen ist und die Sprengattentate gegen die „Hamburger Volkszeitung" und die Wohnung unseres Genossen Thälmann verübte. Ausführlicher wurde dann noch auf die Personalien des Bruders des Erzberger-Mörders, den Kapitänleutnant Karl Tillessen, eingegangen. Dieser Tillessen (eine feine Familie) ist ebenso wie der Angeklagte Plaaß, auch an dem Mordversuch gegen Scheidemann beteiligt. Tillessen, der, wie die meisten Angeklagten, anscheinend verabredungsgemäß seine Beziehungen zur Organisation C. leugnet, gehört dem Verband nationalgesinnter Soldaten und dem „Neu-Deutschen Bunde" an, der hauptsächlich auch als Geldgeber in Frage kommt. Gerade in der Aufspürung der finanziellen Hintergründe der schwerindustriellen und monarchistischen Kreise hätte der Staatsgerichtshof eine wichtige Aufgabe zu lösen, wenn es ihm auf gründliche Arbeit und nicht nur auf ein paar juristische Floskeln gegenüber den Werkzeugen einflußreicher Hintermänner ankommt.

Als letzter Angeklagter wurde am Dienstag noch Werner Voß aufgerufen, der angibt, im Jahre 1918/19 Mitglied der SPD. und dann im Vorstand der USPD. gewesen zu sein. Auf eine Frage des Vorsitzenden lehnt er jede Beziehung zu den Kommunisten (wie sie von Ludendorff behauptet wurde) ab.

*

Bn. **Leipzig, 4. Oktober.**

2. Verhandlungstag.

Zu Beginn der Verhandlung wird Ernst Werner Techow vernommen. Es kommt dabei auch der früher geplante Mordanschlag des Unterprimaners Stubenrauch zur Sprache. Der Angeklagte schildert die Einzelheiten der Beschaffung des Mordauto von Küchenmeister mit Hilfe von Fischer und Kern. Als Motiv der Tat gibt er an, durch Beseitigung eines linksgerichteten Führers habe man einen Aufstand und im Anschluß daran

einen Bürgerkrieg mit darauffolgender Rechtsregierung

beabsichtigt. Auch hier wieder das Bestreben, der Frage nach der Organisation C. möglichst auszuweichen. Der Angeklagte kommt schließlich zum 24. Juni, dem Tage des Mordes, und schildert die Ausführung der Tat. Als Beweisstück wird ihm vom Gericht die Maschinengewehrpistole vorgelegt, die die Täter auf der Flucht nach vollbrachtem Morde aus dem Auto in den Garten ins Grundstück geworfen hatten. Techow leugnet, von der Mordabsicht vorher gewußt zu haben (!!).

Sein völlig unglaubwürdiges Leugnen gipfelt darin, daß er zwar schließlich in den Anschlag auf Rathenau am Tage vorher eingeweiht worden sei, aber geglaubt habe, daß es sich am 24. Juni um eine Probefahrt und nicht-um-Ausführung gehandelt habe.

Techow hat mit Brand zusammen das Auto von Küchenmeister aus Freiberg besorgt, nahm von Kern die Maschinenpistole in Empfang und hat das Auto bei dem Angeklagten Distel untergestellt.

Auf die Frage, welche Gründe zur Ermordung Rathenaus geführt hätten, gibt Techow an, daß er dem Befehl seines ihm ehemals Vorgesetzten, Oberleutnants Kern, gefolgt sei, der Rathenaus Schuld am Kapollovertrag und der Erfüllungspolitik für außerordentlich schwer gehalten habe. Techow selbst habe keinen Haß gegen Rathenau gehabt, ihm sei alles von Kern suggeriert worden, und er sei durch Ehrenwort verpflichtet gewesen. Er habe es dem Kern geglaubt, daß Rathenau für den

„schleichenden Bolschewismus"

gewirkt und als einer der „Weisen von Zion" für die Weltherrschaft des Judentums eingetreten sei. Auch habe er nicht bezweifelt, daß Rathenaus Schwester mit Radek verheiratet sei. (Heiterkeit.)

Auf eine Zwischenfrage des Verteidigers erklärt er, daß er glaube, Kern habe die Tat nur von sich aus geplant. Nach verschiedenen Widersprüchen gesteht er auf die Frage des Vorsitzenden endlich zu, gewußt zu haben, daß Rathenau ermordet werden sollte. Er schildert dann die Flucht durch die Straßen, nachdem er schnell hintereinander 10 bis 20 Schüsse der Maschinenpistole und die Explosion der Handgranate gehört habe.

Hier wird vom Vorsitzenden ein Brief Techows an seine Mutter verlesen, in der er die Tat zugibt. Es heißt darin, er habe sich zum Opfer gebracht im Interesse des Vaterlandes. „Moralisch bin ich wieder auf der Höhe. Treue bis in den Tod, das macht den Menschen stark und frei." Diese „Treue" beweist er dann gleich in dem Leugnen des Sinnes dieses klaren Wortlautes dieses Geständnisses. Auf die eindringlichen Mahnungen der Mutter erwidert er in diesem Schreiben noch: „Bei meinem Eintritt in die Organisation habe ich das Ehrenwort gegeben, über dieselbe zu schweigen und zu gehorchen. Es ist hier also genau wie im Falle des Erzbergermordes ein schriftliches Geständnis der Mörder an die Mutter in den Händen des Gerichts, daß die Tat auf Befehl der Organisation C. von blinden Werkzeugen verübt worden ist. Und dennoch laufen die Führer der Organisation C. noch immer frei herum und blieben bisher auch vom Staatsgerichtshof unangetastet.

Es wird dann der Untersuchungsrichter Dr. Alfen vernommen, der aussagt, daß auf Grund der Vornehmungen Techow nicht auf Befehl, sondern aus eigener politischen Anschauung gehandelt habe.

Es wird hierauf der jüngere Bruder, Hans Gerd Techow, vernommen, der als Obersekundaner mit 17 Jahren schon einer Reihe rechtsstehender Vereine angehörte. Aus der Organisation C., in die er durch seinen Bruder kam, wurde er wegen Indiskretion ausgeschlossen. In den Satzungen der Organisation C. wird Vertrauensbruch bekanntlich durch die

Feme mit dem Tode bestraft.

Unter dieser Drohung stehen natürlich genau wie im Killinger- und Erzberger-Prozeß alle Aussagen der Angeklagten sowie der beteiligten Zeugen und sind danach zu werten. Der jüngere Techow, der einen geistig zurückgebliebenen und entarteten Eindruck macht, erklärte in dem üblichen Lügertischee, daß die Organisation C. sich der Regierung zur Bekämpfung von Aufständen gegen links bereit halte. Er gesteht anscheinend nicht ohne Stolz seine Mitwisserschaft, Beihilfe und Begünstigung ziemlich unumwunden ein, so z. B. auch die nachherige Beseitigung der Autokappen durch Verbrennen.

Hierauf wird der von der Verteidigung geladene Zeuge und Sachverständige Dr. Pickenbach vernommen.

Nach der Vernehmung dieses Sachverständigen wird von der Verteidigung und dem Staatsgerichtshof auf die Aussagen des als Zeugen geladenen Gymnasialdirektors Krummer-Berlin verzichtet. Dieser Verzicht des Gerichtes ist um so überraschender, als Krummer in der Voruntersuchung geäußert hatte, daß die beiden Techows „Großstadtpflanzen übelster Art" seien und über ihr leichtfertiges Umgehen mit Waffen ihre Beziehungen zu nationalistischen Drahtziehern usw. mancherlei auszusagen gewillt und in der Lage wäre. Das Gericht aber hat es seltsamerweise anders beschlossen.

jedes Mittelchen an den Haaren herbeizieht, in dem einfältigen Glauben, man könne die USPD. damit totschlagen.

So veröffentlicht das hallische Blättchen die „Absage an die KPD." von irgendeiner unbekannten Größe aus der näheren Umgebung von Dresden. Vielleicht hat dieser Renegat irgendeinen Posten in Aussicht gestellt bekommen, wofür er nun seine Ueberzeugung wechselt wie ein schmutziges Hemd. Die Sozialdemokraten sind ja groß in der Zucht von Renegaten.

Wenn wir jeden einzelnen Uebertritt in unsere Partei zu einer „welterschütternden" Angelegenheit machen und politisch ausschlachten wollten, wie es die USPD. tut, so würden wir gar nicht fertig. Erst am Montag trat bei der großen Demonstration in Hannover der Rechtssozialist Becker auf und erklärte unter großem Beifall seinen Austritt aus der SPD. mit folgenden Worten: „Seit 23 Jahren bin ich Sozialist, nun bin ich zu der Erkenntnis gekommen, daß nur durch Ueberwindung der verknöcherten Bureaukratie, durch Kampf aus den Betrieben heraus, die heutige Gesellschaftsordnung beseitigt werden kann."

Die Provinzlakeien der USPD.-Minister

Das hallische USPD.-Blättchen faselt in seiner Mittwoch-Nummer von „Gewitterwolken", die am Koalitionshimmel stehen sollen, weil die sozialdemokratischen Minister bei der Abstimmung über die Getreideumlage im Kabinett sich der Stimme enthalten haben. Diese kleinen Ministerlakaien in Halle verschweigen, daß es eine schmähliche Kapitulation der sozialdemokratischen Minister bedeutet, wenn sie nicht gegen die Vorlage zu stimmen wagten. Es gehört anscheinend zur Aufgabe der sozialdemokratischen Provinz-Blättchen, ihre zum Teil noch proletarischen Leser behutsamer mit der Ministerpolitik vertraut zu machen, als z. B. der „Vorwärts" als Zentralorgan sich es leisten kann. Er bezeichnet im Gegensatz zu dem hallischen Blättchen alle „Prophezeiungen", die aus der Differenz zwischen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der Regierung in der Getreidefrage weissagten, als „verfrüht". Er erklärt ganz schamlos, daß die zu erwartende Steigerung des Brotpreises auf den Sturz der Mark und nicht auf die Steigerung des Umlagegetreides zurückzuführen sei.

Es ist wohl richtig, daß die Devisenspekulation den Brotpreis ebenfalls in die Höhe treibt, aber die sozialdemokratischen Führer werden die Massen nicht darüber hinwegtäuschen können, daß nach Annahme der Regierungsvorlage über die Getreidepreiserhöhung der Brotpreis durch die Schuld der Regierung verdoppelt und sicher sehr bald verdreifacht werden wird. Der „Vorwärts", der eine engere Fühlung mit der Reichstagsfraktion und den sozialdemokratischen Ministern als sein hallischer Ableger hat, spricht also offen aus, daß die Gewitterwolken-Ankündigung der sozialdemokratischen Provinzler ziemlich unmaßgeblich ist. Die Kaiserer und Genossen, die jetzt in dem zurückgekrochenen Mutterleib der SPD. noch ein ganz klein wenig ufeperisch zu rumoren scheinen, werden von dieser Mutter bald so „genährt" sein, daß sie sich als ihre braven Kinder erweisen. Vielleicht winkt auch diesen Bekehrten und Zurückgekehrten irgend so ein Ministerpöstchen en miniatur und deshalb wollen sie schon jetzt alle jene „Einsicht" und Nachsicht gegenüber dem Bürgertum an den Tag legen, die zu einer solchen Amtspründe notwendig ist.

Selbstreklame des Schwindelmajors Dittmann

Ueberall spielen sich wichtige Ereignisse ab. Der Marksturz und der Brotwucher in Deutschland. Der Krieg im Orient. Aber für den Reichstagsabgeordneten Wilhelm Dittmann gibt es weit bedeutsamere Dinge zwischen Himmel und Erde. Die bedeutsamste aller Erscheinungen aber ist für Wilhelm Dittmann seine eigene wertvolle Person. Der „Vorwärts" stellt ihm zum Nachweis dieser Tatsache ausgiebigen Raum zur Verfügung. Darin berichtet Dittmann, eine Schweizer Telegraphen-Agentur habe die „halbamtliche Moskauer Meldung" verbreitet, daß die Unabhängigen bei der dritten Internationale um Geld gebeten hätten.

Dittmann ist der bürgerlichen Telegraphen-Agentur für die Erwähnung seines Namens so dankbar, daß er ihr aufs Wort glaubt, ihre Ente sei eine „halbamtliche Moskauer Meldung". Dittmann erklärt fix prompt für „erstunken und erlogen". Er behauptet ferner, „die USPD. sei nicht nur ohne Schulden in die vereinigte Partei eingetreten, sondern habe auch wertvolle Vermögensobjekte mitgebracht.

Das bleibe dahingestellt. Wir fügen hinzu, daß Dittmanns Behauptung, die abenteuerliche Meldung stamme aus Moskau, erstunken und erlogen ist. Dittmann macht nicht zum ersten Mal in seinem Leben erstunkene und erlogene Feststellungen. Aus der Kriegszeit ist seine Fertigkeit vor Gericht und seine Intriganten-rolle in der USPD. bekannt.

Der „Vorwärts" verpflegt Dittmanns Selbstreklame, die das hallische Lügenorgan der USPD.-Schwindler mit schmatzendem Behagen nachdrucken wird, mit der originellen Ueberschrift: „Moskauer Lügenmeldung". Wenn wir alle bürgerlichen und sozialdemokratischen Lügenmeldungen über Moskau widerlegen sollten, müßten wir den Umfang unserer kommunistischen Zeitungen verdoppeln, was wirklich eine unrentable Sache wäre, zumal da ein Arbeiterblatt anderes zu tun hat.

Ein Stinnesvertrag mit Jugoslavien. Zwischen dem jugoslavischen Verkehrsministerium und Delegierten des Verbandes Deutscher Industrieller ist vereinbart worden, daß Deutschland für die ganze Summe, die Jugoslavien aus dem Reparationsfonds im kommenden Jahr erhält, normal- und schmalspurige Personen- und Frachtwagen liefern soll.

Ratifizierung des russisch-tschechischen Vertrages. Die Presse meldet die Ratifizierung des russisch-tschechischen Vertrages durch die tschechische Regierung. Im Gegensatz zu dem Rapallovertrag erstreckt sich der Vertrag auf alle sowjetrussischen Föderativstaaten.

Amerikanische Gewehre für Sowjet-Rußland. Wie die „Times" mitteilt, wird demnächst eine Ladung von 500 000 Gewehren aus Newyork nach Petersburg abgehen.

Unterbrechung des Königsberg—Moskauer Luftdienstes. Mitte Oktober wird der Luftdienst Königsberg—Moskau unterbrochen werden, da die Landung der Fahrzeuge infolge der herbstlichen Bodenverhältnisse in Smolensk und Kowno erschwert ist. Die Flugdienstunterbrechung ist auf sechs Wochen beabsichtigt, alsdann soll der Verkehr wieder aufgenommen und den ganzen Winter über aufrechterhalten werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221005-13/fragment/page=0002

«UFA» «UFA» «UFA» «UFA» «UFA»

Leipziger Str. 88 Fernruf 1224. — **U.T.** — **Leipziger Str. 88** Fernruf 1224.

Ab morgen, Freitag, den 6. Oktober:

Das große Doppelprogramm!

Die tiefergreifende Tragödie

Die kleine Stenotypistin

Aus dem Liebesleben einer Kontoristin

5 Akte nach der Novelle von Artur Landsberger.

In der Hauptrolle:

Margarete Lanner

Vorführung: 4.50 7.00 9.20 Uhr.

Der dritte Teil

des Riesen-Sensations-Abenteurerfilms:

„Unter der roten Maske"

Sieg um Sieg!

6 Akte atemraubender Spannung 6 Akte

Vorführung: 4.00 6.10 8.20 Uhr.

Walhalla-Lichtspieltheater Fernruf 6265. — **W.-T.** — **Walhalla-Lichtspieltheater** Fernruf 6265.

Ab morgen, Freitag, den 6. Oktober:

Das fabelhafte Riesenprogramm!!!

Das große Sittenfilmwerk:

Bardame

Ein Film aus dem wirklichen Leben der Großstadt in 5 überaus spannenden Akten mit

Xenia Desni, P. Hartmann, H. Thimig u.a.

Vorführung: 5.20 8.05 Uhr.

Der große Sensation-Abenteurerfilm (5 Akte)

Weltstadt-Banditen

mit dem ausgezeichneten Darsteller

Fred Stranz

in der Doppelrolle eines reichen Sportmannes und des Einbrecherkönigs.

Dem Besucher wird hier ein Filmwerk von außergewöhnlicher, nicht alltäglicher Handlung geboten!

Vorführung: 4.00 6.40 9.10 Uhr.

Alte Promenade 11a Fernruf 5738. — **U.T.** — **Alte Promenade 11a** Fernruf 5738.

Ab morgen, Freitag, den 6. Oktober:

Die große Sensation! Die große Sensation!

Wohl das gewaltigste Ereignis der Weltgeschichte, das bisher im Film festgehalten wurde, ist der Vernichtungskampf der zwei meerbeherrschenden Nationen.

Die Schlacht am Skagerrak

wie sie in Wirklichkeit war.

Dieses deutsche Filmwerk ist ein Geschichtsdokument von ganz besonderer Bedeutung. Kein Propagandafilm — kein Phantasiefilm sondern einfach ein Ruhmesblatt der deutschen Flotte!

Die unsterblichen Helden des Films: Deutsche Söhne! Der Film selbst: Deutsche Arbeit!

Vorführung: 5.15 7.25 9.40 Uhr.

Der große Zelnik-Mara-Film:

Seine Exzellenz — der Revisor

Ein lustiges Abenteuer aus der guten, alten Zeit. 5 Akte mit Friedr. Zelnik, Mith. Riegelmann, Arnold Ried, Fritz Schulz, Toni Tetzloff u.a. Vorf. 4.00 6.10 8.20.

Sonntag vormittag 11 Uhr — Kassenöffnung 10.30 Uhr:

Große Familienvorstellung

Die Skagerrak-Schlacht. Die Busennadel Goethes u. a. Erwachsene, sowie Jugendliche zahlen kleine Preise. Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag nachm. 3.30 Uhr Kassenöffn. 3 Uhr. Familien-Vorstellung zu kleinen Preisen für Erwachsene u. Jugendliche.

Beginn des Tagesprogramms von Montag bis Donnerstag: 5.20 Uhr.

Beginn in sämtlichen Theatern Sonntags 3 Uhr, wochentags 4 Uhr. 3975

«UFA» «UFA» «UFA» «UFA» «UFA»

Walhalla-Theater.

Sonntag, den 8. Oktober, vorm. 10½ Uhr:

Großes Sport-Matinee

u. a. die **großen Ringkämpfe Nord-West Berlin—Germania Fellensetzt, Boxkämpfe: Boxklub International gegen Germania-Fellensetzt. Rich. Putzmann,** Berlin, Deutschlands bester Gewichtheber, die brillanten **Germania-Fellensetzt-Akrobaten.** Görlach-Orchester. Der Vorverkauf findet jeden Nachmittag an der Kasse des Walhalla-Theaters von 3½ Uhr statt.

Der Arbeitsausschuß. 3973

Nachmittags von 3 Uhr an: zu Ehren unserer Berliner Gäste im **„Gold. Hirsch":**

Gr. Gesellschaftskränzchen.

Burg-Theater.

Letzte Vorstellung 8 Uhr. Preise 20, 25 u. 30 Mk

Lady Hamilton 4000 m lang

3983 Revolutionsdrama.

Außerdem: Chaplin schiebt Klaviere.

V. f. B., Trotha.

Freitag, den 6. Oktober 1922:

Außerordentliche

Mitgliederversammlung

Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. 3962

Stadt-Theater.

Freitag, den 6. Oktober, Anf. 7½, Endenach 10 Uhr:

Der Waffenschmied.

Kom. Oper v. Lortzing.

Sonnabend: 3982 **Lohengrin.**

Thalia-Theater

Sonntag, d. 8. Oktober, abends 7½ Uhr:

Neunzehn-hundert-neunzehn.

Zeitschmutze von Impekoven u. Mathern. 3981

Allgemeine Ortskrankenkasse des Saalkreises zu Halle a. d. S.

Der Kassenausschuß hat auf Grund der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 12. v. M. beschlossen, den Grundlohn vom 1. d. M. an bis auf 500 Mk. zu erhöhen und den bisherigen Lohnstufen sechs weitere zuzufügen, und zwar:

Lohnstufe	Tägl. Verdienst	Grundlohn	Wochenbeitrag
15	120,01—180 M	180 M	64,80 M
16	180,01—240 M	240 M	86,40 M
17	240,01—300 M	300 M	108,00 M
18	300,01—360 M	360 M	129,60 M
19	366,01—420 M	420 M	151,20 M
20	mehr als 420 M	500 M	180,00 M

Alle Mitglieder, die z. Z einen Verdienst von mehr als 120 Mark haben, sind durch die Arbeitgeber bei der Kasse sofort umzumelden.

Vom 22. Sept. d. J. an sind Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte in ähnlich gehobener Stellung, einschließlich der Handlungsgehilfen, Gehilfen in Apotheken, Bühnen- und Orchestermitglieder, sowie Lehrer und Erzieher nach der Verordnung vom 14. Sept. d. J. wieder versicherungspflichtig, wenn der Jahresarbeitsverdienst 204 000 Mark nicht übersteigt. Die Angestellten, die hiernach erneut versicherungspflichtig geworden sind, müssen ebenfalls umgehend bei der Kasse wieder angemeldet werden.

Halle a. d. S., den 4. Oktober 1922. 3970

Der Vorstand. O. Kelisch, Vorsitzender.

Bekanntmachung.

Die am 30. September d. Js. abgelaufene Frist für den Aufbrauch der Frachtbriefe alten Musters wird bis 31. März 1923 verlängert.

Eisenbahn-Vorstehramt Halle (Saale). 3987

Licht-Spiele

am **Riebeckplatz.** — am **Riebeckplatz.**

Fernruf 6183.

Wir bringen ab **morgen, Freitag, den 6. Oktober,**

den größten Auslands-Monumental-Film,

welcher bei den gegenwärtigen Aufführungen in

Berlin — Paris — London — New-York einen unbeschreiblichen Erfolg erzielte.

Anläßlich der Berliner Uraufführung in der „Schauburg" war der Andrang so groß, daß polizeiliche Maßnahmen zur Regelung des Verkehrs nötig waren.

Millionen haben den Roman gelesen! Millionen wollen den Film sehen!

Der Graf von Monte Christo

6 gewaltige Akte

Bearbeitet nach dem weltberühmten Roman von

Alexander Dumas

5 Teile — 28 Akte

1. Teil **Das Geheimnis von Monte Christo.** 1. Teil

Hierzu der große Bühnenteil:

Eine Sensation für Halle u. Umgebung

Persönliches Auftreten.

2 spannende Akte

Gastspiel der Solo- und Lieblingsmitglieder v. Plauener Stadt-Theater in ihrem

fabelhaften Bühnen-Sketch:

„Der unheimliche Gast"

Pariser Sittenbild mit Musik und Gesang v. Hans Monard

Wir wissen schon heute, daß der Andrang diese Woche ein sehr großer sein wird und bitten daher, möglichst die ersten Nachmittags-Vorstellungen zu besuchen.

Der rascheren Abfertigung halber wieder 2 Kassen in Betrieb.

Licht-Spiele

Große Ulrich-straße 51.

Fernruf 4681.

Freitag 6. Oktober

Nur für Erwachsene!

Erstaufführung

des mit großer Spannung erwarteten

Richard Eichbergs

gewaltigen Sensations- und Sitten-Filmwerks

mit

Lee Parry

dem Liebling der Hallenser in der Titelrolle:

Die Tochter des Wucherers.

6 gewaltige Akte

Die Tragödie einer Ehe von **H. Hartmann.**

Ein gewaltiges, ebenso wirkungsvolles, als auch erschütterndes Lebensbild und Sittendrama aus hoher Gesellschaft.

Unvergleichlich spielen in den Hauptrollen:

Lee Parry — Klein-Rhoden.

Als zweiter Schlager:

Eddie Polo! der Tollkühne — in dem Abenteuerfilm aus dem wilden Westen. (2 bewegte Akte):

Ein Kampf gegen Uebermacht.

2 spannende Akte

In jagender Hast zieht an den Augen der Zuschauer eine endlose Fülle der spannendsten Ereignisse vorüber.

Außerdem: 3971

„Er" Harold Loyd in seinem neuesten Lustspiel: **„Er" als Hotelboy.**

Beginn: Wochentags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Ein Elite-Programm, das man gesehen haben muß.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221005-13/fragment/page=0003

Lohnkampf in Wiener Theatern

(Eigener Bericht.)

Wien, 5. Oktober.

Die Lohnberechnung nach dem Kriege, die in Oesterreich üblich geworden war, und mit der die Gewerkschaften jeden Lohnkampf unterbinden konnten, die aber zu einer ständigen Verschlechterung der Lebenshaltung des Proletariats wurde, hat zu einem eigenartigen Lohnkampf geführt.

Die Schauspieler und übrigen Bühnenangestellten der Wiener Theater wandten sich gegen eine Lohnregelung, die dahin gehen sollte, nicht mehr nach dem vollen Ueberschuß zu bezahlen, sondern 30 Prozent weniger. Im Theater „An der Wien", wo der Tantiemenjäger Lehar persönlich dirigierte, übte das Orchester passive Resistenz. Lehar rief die Entscheidung des Publikums an. Die Musiker sprangen auf und riefen in die Menge: „Man will uns die Gage kürzen". Darauf sagte Lehar: „Die Anwesenden haben bezahlt und wollen Musik hören". Die valutaprotzigen Schieber nahmen Partei für Lehar. Erst nachdem die Direktion zugestanden hatte, daß am nächsten Tage verhandelt werden sollte, nahm das Orchester seine Tätigkeit wieder auf.

Vor dem Parteitag der KPF.

(Eigener Bericht.)

Paris, 4. Oktober.

Kurz vor dem Zusammentritt des Parteitages der französischen Kommunisten haben sich noch gewisse Unstimmigkeiten zwischen der Linken und der Gruppe des Zentrums ergeben. Das Zentrum erließ eine Erklärung, die sich gegen die „willkürliche Einteilung" der französischen Genossen in einzelne Gruppen wendet, und allgemein gegen persönliche Streitigkeiten protestiert. Die Linke antwortete mit einer Gegenerklärung, die von Souvarine, Treint, Vaillant-Couturier, Tommasi und anderen unterzeichnet ist. Die Genossen der Linken weisen darauf hin, daß die gerügte „willkürliche Einteilung" in Richtungen nicht von ihnen stammt, sondern von der Kommunistischen Internationale. Es sei auch nicht zulässig, taktische Gegensätze einfach als persönliche Differenzen hinzustellen. Dennoch ist zu hoffen, daß das Zusammenarbeiten zwischen der Linken und dem Zentrum auf dem Parteitag nicht gestört wird. Zu dieser Annahme berechtigt auch eine Zuschrift Frossarts an die „Humanité", wo er erklärt, daß er keine Fraktion (des Zentrums) bilden wolle. Das Zusammenarbeiten der Linken und des Zentrums müsse zu einer Fussion dieser beiden Gruppen führen, wenn man die Partei lebendig erhalten will. Die Bildung von Fraktionen würde aber die Partei gefährden, und er werde keine Fraktion schaffen.

Vom Tage

Entgleisung eines Güterzuges in Wittenberge. Ein schweres Eisenbahnunglück ereignete sich am Dienstagnachmittag 3 Uhr auf der Magdeburg—Wittenberger Strecke. Auf dem Bahnhof Geestgottberg wurde der Güterzug 7761, aus Wittenberge kommend, infolge falscher Weichenstellung auf das im Neubau befindliche Anschlußgleis der noch im Bau befindlichen Eisenbahnstrecke Arendsee—Geestgottberg geworfen. Die Maschine entgleiste, nachdem sie auf einige leere Güterwagen gestoßen war, die auf dem Gleise standen. 15 Güterwagen gingen dabei in Trümmer. Personen wurden nicht verletzt.

Raubmord an einer Prostituierten im Osten Berlins. Die in Berlin in der Waßmannstraße 32 im Keller wohnende 32 Jahre alte Prostituierte Olga Witt, wurde seit Sonntag von den Hausbewohnern nicht mehr gesehen. Als die Polizei in ihrer Behausung eindrang, fand sie in dem zugedeckten Bett die Leiche der Vermißten. Die Untersuchung ergab, daß ein Raubmord vorlag. Die Verstorbene hatte gute Wäsche und Kleidungsstücke. Auf diese hatte der Täter es abgesehen.

Ein „Spezialarzt". Die Hamburger Polizei verhaftete den 38jährigen, aus Alexandrien gebürtigen, angeblichen Schiffsarzt, Geburtshelfer und Spezialarzt für Geschlechtskrankheiten, Dr. Zeid, der mit Hilfe eines gefälschten Vertrages in Abwesenheit seiner Vermieterin, deren Hausrat zum Auktionator gebracht hatte und seinen Titel als Arzt nur benutzte, um junge Mädchen zu unsittlichen Zwecken zu mißbrauchen. Zeid hat bereits vor dem Kriege in Hamburg ähnliche Delikte verübt.

Isadora Duncan, die Bolschewistin. Der Pariser Vertreter einer bürgerlichen Zeitung meldet, daß die bekannte Tänzerin Isadora Duncan und ihr Gatte, ein russischer Dichter, im Hafen von Neuyork an Bord des Dampfers „Paris" eingelaufen sind, aber die amerikanischen Behörden ihr die Erlaubnis verweigerten, an Land zu gehen. Trotz dem Proteste der beiden Künstler wurde das Verbot nicht aufgehoben, da Isadora Duncan und ihr Gatte in dem Verdacht stehen, einer bolschewistischen Propaganda-Organisation anzugehören.

Aus der Provinz

Kreiskonferenz in Bitterfeld

Am Sonntag, dem 8. Oktober, vormittags 9 Uhr, findet in Bitterfeld im „Fürst Bismarck" eine Kreiskonferenz statt.

Tagesordnung: 1. Die Tätigkeit der Kommunisten in den Gemeinden (Referent: Landtagsabgeordneter Genosse Max König, Weißenfels). 2. Organisatorisches. 3. Verschiedenes.

Jede Ortsgruppe hat die Pflicht, durch mindestens einen Delegierten vertreten zu sein. Ebenfalls müssen alle Gemeindevertreter unbedingt erscheinen.

Die Kreisleitung.

Die Provinzialverwaltung hat wieder kein Geld

Die bankrotten Gemeinden und Kreise sollen zahlen

Die letzte Sitzung des Provinzialausschusses beschäftigte sich mit der Finanzlage der Provinz nach dem Stande von Ende September 1922. Der Haushaltplan der Provinzialverwaltung für das laufende Jahr hat bei seiner Feststellung durch den im Mai tagenden Provinziallandtag mit rund 317 Millionen Mark in Einnahme und Ausgabe abgeschlossen. Die Etatskapitel sind aber bereits jetzt fast überall ganz erheblich überschritten. Es ergeben sich als **Mehrausgaben des ersten Halbjahres zusammen 67,72 Millionen Mark.** Im zweiten Halbjahr wird sich die Teuerung noch mehr bemerkbar machen, so daß mit einer zweieinhalbfachen Verteuerung gegenüber derjenigen des ersten Halbjahres gerechnet werden kann. Vorausgesetzt, daß die Teuerung nicht noch weiter steigt, ist eine Mehrausgabe von 187,22 Millionen im zweiten Halbjahre zu erwarten. **Die Mehrausgaben des ganzen Rechnungsjahres können deshalb ohne Berücksichtigung künftiger Teuerung nicht unter 255 Millionen Mark** beziffert werden. Nimmt man noch einen Aufschlag **von** insgesamt 25 Millionen Mark für weiteres Steigen der Teuerung, so dürfte für das ganze Rechnungsjahr 1922 eine **gesamte Mehrausgabe von 280 Millionen Mark** zu erwarten sein. Wenn sich diese Mehrausgabe auch durch auf der anderen Seite zu erwartende Mehreinnahmen, die auf etwa 116 Millionen Mark geschätzt werden, verringern würden, so läßt sich mindestens ein Fehlbetrag **von über 164 Millionen Mark** erwarten.

Zur Deckung dieses Fehlbetrages ist die Provinz auf die Aufnahme kurzfristiger Anleihen und Erhebung einer Nachtragsumlage angewiesen. Nach eingehender Aussprache wurde einstimmig beschlossen, den am 30. Oktober zusammentretenden außerordentlichen Landtag eine Vorlage auf Erhebung einer Nachtragsumlage zu unterbreiten. Der Landeshauptmann wurde beauftragt, die Höhe der Umlage nach den noch zu erwartenden genaueren Unterlagen festzusetzen. Gleichzeitig wurde beschlossen, daß die Kreise oder Gemeinden, die mit der Zahlung der Provinzialsteuern im Rückstande bleiben, diejenigen Aufwendungen berechnet werden, die die Provinz deswegen durch Zinsen und andere Leistungen an den Geldgeber für entsprechende kurzfristige Anleihen machen muß.

Die Gemeinden und Kreise, die selbst vor dem Bankrott stehen, sollen also der Provinz helfen. Das wird sich als eine Unmöglichkeit herausstellen, denn die Kommunen sind selbst am Ende angelangt. Der kapitalistische Strudel reißt alles mit; das System steht vor dem Zusammenbruch. Mit fortgesetzten Quacksalbereien ist nichts getan. Solange nicht eine andere Finanzpolitik getrieben wird, solange das System nicht geändert wird, solange wird es auch nicht anders werden. Durch die erneute Nachtragsumlage werden die Gemeinden wieder gezwungen, neue Steuern zu beschließen oder bereits eingeführte zu erhöhen. In der Praxis bedeutet dies eine weitere steuerliche Belastung der arbeitenden Bevölkerung, denn Steuern, die ausschließlich den Besitz treffen und nicht abwälzbar sind, sind durch die Gesetzgebung verboten. Wir Kommunisten können eine solche Finanzwirtschaft nicht mitmachen. Unsere Fraktion im Provinziallandtag wird diese Umlagebesteuerung ablehnen müssen, denn sie führt, wie angedeutet, zu weiterer steuerlicher Belastung der breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung. Wenn der Staat nicht dazu übergeht, mehr als bisher den Besitz zur Behebung der Finanzkrise heranzuziehen, haben wir auch kein Interesse, ihm zu helfen. Es ist heute genau so wie im früheren monarchistischen Staat: die kapitalistischen Kreise schwimmen im Gelde und die ärmere Bevölkerung hungert. Mag das verfluchte kapitalistische System zusammenbrechen, je früher, desto besser. Dann steigt neues Leben aus den Ruinen empor . . .

Die Zimmerleute für den Reichsbetriebsrätekongreß

In den am Mittwoch in Leuna und Merseburg stattgefundenen Zimmererversammlungen ist einmütig durch **Annahme einer scharfen Resolution gegen die Haltung der zentralen Spitzen der Gewerkschaften zum Ausdruck gekommen, daß diese sich nach dem Willen der Mitglieder zu richten und die Einberufung eines Betriebsrätekongresses zu unterstützen haben, andernfalls über ihre Köpfe hinweg die Delegierten (Betriebsräte) im Baugewerbe selbst handeln, um der zunehmenden Verelendung der Arbeiterklasse durch gerechte Aktion energisch Halt zu bieten.**

Ferner ist in dem Antrag verlangt worden, daß die Vertreter im Ortsausschuß des ADGB. in Merseburg zu dem Reichsbetriebsrätekongreß erneut Stellung nehmen und der Vorstand des Bezirks- und Ortskartells **verpflichtet** wird, **die Betriebsräte im Bezirk** zusammenzufassen, um in einer Konferenz Gelegenheit zu geben, ihre präzise Stellung zum Reichskongreß auszudrücken.

Die Vertreter der Zimmerer haben somit bereits den Antrag zur Kartellsitzung am 12. Oktober gestellt. Desgleichen haben die Zimmererversammlungen den Schiedsspruch des Bezirkslohnamtes, der in gestriger Nummer bekanntgegeben wurde, mit übergroßer Majorität **angenommen.**

Politische Falschmünzer

Unsere Feststellungen, daß die Unterschrift des Bezirkskartells unter dem Sonnabend-Aufruf der VSPD. gefälscht ist, hat das „Volksblatt" zu neuem Toben Anlaß gegeben. Wir stellen darauf nur fest, daß der Genosse Berkling uns telephonisch erklärt hat, er sei der Ansicht, **daß ein Aufruf nicht notwendig ist; er hätte aber den Aufruf in dieser Form, wenn er ihn vor der Drucklegung zu Gesicht bekommen hätte, nicht unterschrieben.**

Wenn also die „Volksblatt"-Redaktion den „Klassenkampf" der Fälschung bezichtet, so richten sich diese Anwürfe nicht gegen die Redaktion des „Klassenkampf", sondern gegen den Parteigenossen der VSPD. Berkling, der uns diese Erklärung gab. Der Vorsitzende des Bezirkskartells, Berkling, wird öffentlich erklären müssen, ob er den Aufruf im Namen des Bezirkskartells unterzeichnet hat, wie die Redaktion der „Volksblatt"-Strauchdiebe behauptet, oder nicht. Wir sehen dieser Erklärung entgegen!

Wenn die „Volksblatt"-Redaktion behauptet, die Genossen Schumann (der fälschlicherweise zum „Klassenkampf"-Redakteur gestempelt wird), Urban und Sachse hätten anläßlich des Rathenaumordes ebensolche Praktiken geübt wie die VSPD., so müssen wir erklären, daß die Kommunistische Partei es von sich weist, **Unterschriften zu fälschen.** Dieser Anwurf, den die VSPD.-Redaktion noch zu beweisen hat, soll lediglich dazu dienen, den fatalen Eindruck, den unsere Veröffentlichung gemacht hat, zu verwischen. Es ist eben ein Verlegenheitsgestammel ertappter politischer Falschmünzer.

Papitz

Aus der Partei. In der am 30. September stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde der Bezirksparteitagsbericht gegeben; alle dort gefaßten Beschlüsse wurden ohne Debatte gutgeheißen. Eine rege Aussprache setzte ein, als erörtert wurde, welche Aufgaben die KPD. nach dem Zusammenschluß der beiden sich sozialistisch nennenden Parteien durchzuführen hat. Es wurde betont, daß keine Gelegenheit ungenützt gelassen werden darf, um die Mitglieder dieser Parteien auf das verbrecherische Treiben ihrer Führer an der gesamten Arbeiterschaft aufmerksam zu machen. Große Teile der USPD.-Mitglieder werden die Vereinigung nicht mitmachen, es werden viele indifferent werden, und diese müssen aufgeklärt werden. Die Beitragserhöhung wurde gutgeheißen. Um die breiteste Oeffentlichkeit von der verbrecherischen Politik der VSPD. in Kenntnis zu setzen, soll am 8. Oktober, nachmittags 1 Uhr, eine öffentliche Volksversammlung im Gasthof Kohl mit dem Thema „Die VSPD. und wir" stattfinden, wozu die Mitglieder dieser Partei eingeladen werden.

Zörbig

Tod auf den Schienen. Als der Schachtarbeiter Gede aus Zörbig dieser Tage, von der Schicht kommend, das Bahngleise überschreiten wollte, wurde er von dem heranbrausenden Schnellzug erfaßt und getötet. Die näheren Umstände des Unglücksfalls sind noch nicht bekannt.

Wolfen

In unserer letzten Mitgliederversammlung ~~referierte~~ Genosse Gleim über „Die politische Lage". In der regen Diskussion wurde vor allem die Frage „Gewerkschaft und Union" eingehend behandelt. Genosse Griep sprach über den Stand der hiesigen Kommunistischen Jugend, sowie über die Wichtigkeit der kommunistischen Jugend- und Kindergruppenbewegung. Alle Diskussionsredner unterstützten die Ausführungen und machten der Partei zur Pflicht, die Jugend mit allen möglichen Mitteln zu unterstützen. Einige Genossen meldeten sich freiwillig zur Jugendarbeit. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heute tagende Versammlung der KPD. Wolfen spricht der Kommunistischen Jugend am Orte ihre volle Sympathie aus. Alle Mitglieder erklären sich bereit, ihre Kinder auf die Kommunistische Jugend aufmerksam zu machen und diese der Kommunistischen Jugend zuzuführen." Nachdem im Verschiedenen mehrere organisatorische Fragen erledigt waren, wurde angeregt, sofort einen Kontrollausschuß ins Leben zu rufen. Es wurde beschlossen, aus dem Grunde in allernächster Zeit eine öffentliche Versammlung einzuberufen.

Der Amateursozialist

38] Roman von Bernhard Shaw

Flirten konnte sie aber nicht ertragen. Sie trieb die Männer weg, sobald sie zärtlich wurden, denn sie sah in ihnen die Falschheit Smilaschs ohne seinen Geist. Die jüngeren Herren ihres Bekantenkreises hielt sie für ungeschliffen. Sie unterhielten sich über Agathas schlechte Manieren und beschlossen, sie dadurch zu bestrafen, daß sie sie nicht mehr zum Tanze holten. So wurde sie, ohne zu wissen auf welche Weise, die Aufmerksamkeiten los, aus denen sie sich auch nicht das geringste machte, denn sie behielt die grausame Verachtung der Schulmädchen für „Jungens" bei. Sie genoß jetzt, so gut sie es konnte, die Gesellschaft älterer oder vernünftigerer Männer, die nicht so unduldsam gegen Mädchen waren.

Jedenfalls hatte sie sich noch nie so wenig glücklich gefühlt wie in diesem Jahr. Sie brachte wiederholt ihre Mutter in Aufregung, indem sie Pläne faßte, Krankenpflegerin, Sängerin oder Schauspielerin zu werden. Jeder dieser Pläne führte zu flüchtigen, planlosen Studien. Um die Befähigung zu einer Krankenpflegerin zu bekommen, las sie ein Handbuch der Psychiologie, und Mrs. Wylie hielt das für einen so unpassenden Gegenstand für eine junge Dame, daß sie weinend zu Mrs. Jansenius ging und sie bat, ihr ungezogenes Kind doch zurechtzuweisen. Mrs. Jansenius, besser unterrichtet, war der Ansicht, je mehr eine Frau wüßte, desto vernünftiger würde sie jedenfalls handeln, und Agatha würde die Psychiologie schon bald aus eigenem Antrieb fallen lassen. Das erwies sich als richtig. Agatha hatte ihr Buch, in dem sie viel überschlug, schnell beendigt und ging nun zum Studium der Pathologie über nach einem Band klinischer Vorlesungen. Sie fand darin genau ihre eigenen Empfindungen beschrieben, und zwar als Symptome der schrecklichsten Krankheiten. Sie legte es voller Schrecken weg und nahm einen Roman zur Hand. Dieser war frei von den Fehlern ihrer früheren Lektüre, denn keines von den Gefühlen, die in dem Roman vorkamen, glich auch nur im mindesten denen, die sie schon gehabt hatte.

Nach einer kurzen Frist ließ sie sich von einem beliebten Gesanglehrer untersuchen, ob ihre Stimme stark genug sei für die Bühne. Er empfahl ihr, bei ihm sechs Jahre zu lernen, und versicherte ihr, daß sie am Ende dieser Zeit — wenn sie seinen Anweisungen folgte — die größte Sängerin der Welt sein würde. Hiergegen hatte sie in Gedanken die entscheidende Einwendung, daß sie in sechs Jahren eine alte Frau sei. So beschloß sie, es selbst zu versuchen, vielleicht würde sie allein schnellere Fortschritte machen. Für den Fall, daß aus ihrer Sängerinnenlaufbahn nichts würde, beschloß sie, zum Schauspiel zu gehen, und nahm Unterricht in der Aussprache und in Leibesübungen. Diese Uebungen hatten einen so günstigen Einfluß auf ihre körperliche und geistige Gesundheit, daß ihr bisheriges Streben ihr noch gar nicht weit genug ging. Sie versuchte nacheinander alle Künste, wurde aber jedesmal durch ihre Willensschwäche entmutigt, wenn sie versuchte, ausdauernd zu sein. Sie wußte als allgemeine Regel, daß schwächliche und lächerliche Versuche der Anfang von allem Tüchtigen sind, aber sie fand nie eine Regel für ihren eigenen Fall und glaubte noch immer, sie sei eine Ausnahme, grade wie sie es in ihrer Liebe zu Smilasch geglaubt hatte. Sie lag noch ganz in den Selbsttäuschungen der Jugend.

Inzwischen beängstigten ihre Fortschritte gar sehr ihre Mutter. Diese kannte solche Anfälle von heiterer Stimmung, auf die dann das quälende Gefühl des Mißerfolgs und der Nutzlosigkeit folgten, nur als „Wildheit" und „schlechte Laune" und bekämpfte sie mit Handarbeit als beruhigendem Mittel und Fleischtee als anregendem Mittel. Mrs. Wylie hatte es auswendig gelernt, daß die ganzen Pflichten einer Dame darin beständen, anmutig, gütig, hilfreich, bescheiden und selbstlos zu sein und ruhig abzuwarten, was ihr diese Tugenden bescherten. Aber dann hatte sie durch Erfahrung gelernt, daß das Geschäft einer Dame in der Gesellschaft nur das sei, sich zu verheiraten, und daß alle diese Tugenden und Vollkommenheiten nur den Wert hätten, passende junge Männer anzuziehen. Da diese Wahrheit unanständig ist, überläßt man es gewöhnlich den jungen Damen ein oder zwei Jahre lang, es selbst herauszufinden. Es wird ihnen selten bei ihrem Eintritt in die Gesellschaft ausdrücklich mitgeteilt. Daher weisen sie oft in ihrer ersten Saison großartige Partien zurück und müssen sich nachher zu sehr reduzierten Preisen anbieten, je nachdem wie ihre Reize anfangen schal zu werden. Dieses Schicksal fürchtete auch Mrs. Wylie, die durch Mrs. Jansenius gewarnt war, für Agatha. Von Zeit zu Zeit wurde ihr ein junger, wohlhabender Gentlman vorgestellt, aber sie vertrieb ihn jedesmal in barscher Weise, sobald er eine Anspielung auf ihre Gefühle machte. Die angstvolle Mutter tröstete sich damit, wenn ihre Tochter auch die wünschenswerten und die nichtwünschenswertn Partien in gleich grausamer Weise zurückstieß, so knüpfte sie doch wenigstens keine unschicklichen Verbindungen an und war außerdem noch sehr jung. Auch würde sie wohl weniger spröde sein, wenn sie etwas älter und, wie Mrs. Jansenius es nannte, vernünftiger wurde.

Aber eine Saison folgte auf die andere, und es blieb fraglich, wen man mehr beglückwünschen sollte, Agatha, weil sie nach der Schulzeit das Leben begonnen, oder Henrietta, weil sie es beendet hatte.

Elftes Kapitel.

Brandon Brechers im Themsetal war der Wohnsitz von Sir Charles Brandon, dem siebten Baronet dieses Namens. Er hatte seinen Vater verloren, bevor er mündig geworden war, und heiratete kurz nachher, so daß er mit fünfundzwanzig Jahren Vater von drei Kindern war. Er sah trotz seiner Jugend etwas verlebt aus, aber er war schlank und ansprechend und hatte eine gewinnende Art, die Unglücksfälle der andern von einer freundlichen und beruhigenden Seite zu nehmen. Er war ein guter Erzähler, liebte Musik und konnte etwas spielen und singen. Er liebte das Zeichnen und skizzierte in Wasserfarben, er las jede Zeitschrift von London bis Paris, die Kunstkritiken brachte, er hatte ein paar Reisen gemacht, er fischte etwas, schoß etwas und botanisierte etwas, er lief rastlos hinter den Frauen her und verschwendete seine Energie auf all den tausend Wegen, die ihm sein Reichtum und seine Fähigkeiten offen machten. Auf keinem Gebiet besaß er genauere Kenntnisse, aber er hatte sich doch vieles so weit angesehen, daß er an die Stelle vollständiger Unkenntnis gemäßigte Unwissenheit setzen konnte. Er hatte nie den Genuß gekannt, etwas Großes zu vollbringen, und quälte sich mit einer unbefriedigten Sehnsucht, die ihn melancholisch machte und ihn überzeugte, er sei ein geborener Künstler. Seine Frau fand ihn selbstsüchtig verdrießlich und wankelmütig und sagte, er hielte sich jedesmal für gefährlich krank, wenn er sich nur etwas erkältet habe.

Lady Brandon, die übrigens glaubte, er verstände alle die Dinge, über die er redete, weil sie sie selbst auch nicht verstand, war eine seiner Enttäuschungen. Ihrem Aeußern nach glich sie keinem der Schönheitsideale, die die Maler ihrer Zeit darstellten, aber sie hatte Reize, für die wenige Männer unempfindlich sind. Sie war groß, weich und stark, mit vollen, wohlgeformten Armen, Schultern und Hüften. Mit ihrem kleinen Kopf, den zarten Ohren, den hübschen Lippen, den schelmischen Augen stellte sie, da sie eine sehr große Person war, eine Fülle von halb weiblicher, halb kindlicher Lieblichkeit dar, die selbst ernsten Männern das Verlangen einflößte, sie in ihre Arme zu nehmen und zu küssen. Dieses Verlangen hatte den oberflächlichen geistigen Geschmack Sir Charles' auf den ersten Anblick besiegt. Seine Einbildung versah sie mit jenem Verständnis für die höheren Künste, das er von einer Frau verlangte, und er heiratete sie in ihrer ersten Ballsaison, um dann zu entdecken, daß das Liebesbedürfnis in ihrem Wesen so gering und so matt war, daß sie alle seine Versuche, zärtlich gegen sie zu sein, ins Lächerliche zog und ihn um alle Liebesgenüsse brachte, nach denen er sich mit dem ganzen vorher empfundenen Entzücken gesehnt hatte. Auf geistigem Gebiete enttäuschte sie seine Hoffnungen aber noch viel mehr. Nach ihrer Meinung war seine Lieblingskunst, das Malen, für Amateure nur ein Zeitvertreib und für Berufskünstler ein Nebenzweig beim Einrichten eines Hauses. Wenn er diesen Gegenstand mit seinen Freunden erörterte, dann pflegte sie ihre Ansicht mit einem Eigendünkel zu äußern, der um so unangenehmer war, weil sie oft die gröbsten Schnitzer machte, während er selbst seine Schlüsse mit der höchsten Feinheit und Ernsthaftigkeit durchführte. Bei solchen Gelegenheiten machte sie sich aus seinem Widerwillen durchaus nichts, sie frohlockte sogar darüber. Sie war zu der Ueberzeugung gekommen, die Ehe sei noch eine größere Torheit und die Männer seien noch größere Narren, als sie geglaubt hatte. Aber diese Ueberzeugung verstärkte eher ihr Pflichtgefühl, als daß es sie enttäuscht hätte, und da sie genügend Geld, genügend Dienerschaft, genügend Gäste und genügend Reitübungen hatte, die sie übermäßig liebte, so verfloß ihre Zeit aufs angenehmste. Behaglichkeit erschien ihr als der natürliche Zustand des Lebens, jede Störung setzte sie in Erstaunen. Die Freunde ihres Mannes, die mit Mißtrauen in die Zukunft sahen und mit Bitterkeit an manche vergangene Stunde zurückdachten, waren ihr nur Beispiele dafür, daß vieles Lesen und ein Leben ohne Bewegung die Menschen mißmutig und stumpf mache.

An einem schönen Maimorgen, als sie auf einem mächtigen, braunen Pferd die Einfahrt nach Brandon Breeches hinuntergaloppierte, öffnete sich an dem Ende das Tor, und ein junger Mann kam auf einem Zweirad herausgefahren. Er war von schmächtiger Gestalt mit schönen, dunkeln Augen und feinen Nasenflügeln. Als er Lady Brandon erkannte, schwenkte er seine Mütze, und als er sie erreicht hatte, sprang er von seinem leblosen Stahlroß ab, so daß das braune Pferd scheute.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1669156101922105-13/fragment/page=0004
DFG

Klassenkampf

Halle, 5. Oktober 1922

Halle und Saalkreis

Halle, den 5. Oktober 1922

Aufruf an alle freigewerkschaftlich Organisierte

Mit dem Steigen des Dollars geht die Kurve unserer Verelendung immer höher, wird der Kampf ums tägliche Brot immer krasser. Die jetzigen Institutionen amtlicher wie privater Natur sind nicht in der Lage, der Arbeiterschaft die Garantie zu bieten, die sie braucht, um aus diesem sozialen Elend herauszukommen. Die Betriebsrätevollversammlung steht deshalb auf dem Standpunkte, wie sie das wiederholt in ihren Beschlüssen zum Ausdruck gebracht hat,

daß nur die organisierte Selbsthilfe des Proletariats den Weg zur Befreiung aus dieser Not herstellen kann.

Zu diesem Zwecke ist es notwendig, daß alle Arbeiter, Angestellte und Beamte der hallischen Betriebe, Verkehrsinstitute und amtlichen Körperschaften, der Eisenbahn, Post und Verwaltung den bereits bestehenden Ortskontrollausschuß dadurch in seinem Kampfe und in seiner Arbeit unterstützt, daß sie

sofort in allen Betrieben auf der Grundlage des Wahlmodus für die Betriebsräte Betriebskontrollausschüsse bilden,

deren Adressen bei der „Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale" abzugeben sind, damit eine sofortige Zusammenfassung und Zentralisierung vorstatten gehen kann.

Arbeiter, Angestellte und Beamte! Es gilt, den Kampf aufzunehmen, einen Kampf, der nur siegreich zu Ende geführt werden kann, wenn die Arbeiterschaft straff organisiert und gut diszipliniert ist, und wenn sie es versteht, diesen Kampf auf breiter Basis zu führen.

Deshalb unterstützt den Kontrollausschuß! Wählt sofort Betriebskontrollausschüsse! Sorgt für die Durchführung der Ueberwachung des Verkehrswesens und der Transportinstitute! Sorgt für die Anerkennung der Funktionen unserer Ausschüsse!

Die Betriebsrätevollversammlung.

*

Am Dienstagabend fand im „Volkspark" eine Vollversammlung der hallischen Betriebsräte statt. Die vom Vollzugsausschuß mit dem Vortrag des Prof. Ermanfn als ersten Tagesordnungspunkt angesetzte Tagesordnung wurde von der Vollversammlung annulliert und dafür ein Referat über die „Wirtschaftliche Notlage und deren Bekämpfung durch die Arbeiterschaft" angenommen. Der Vorsitzende des Vollzugsausschusses, Schachtel, als Versammlungsleiter versuchte mit allerlei demagogischen Kniffen diese Umstellung zu verhindern. Er drohte damit, sofort die Leitung der Versammlung niederzulegen und betrachtete die Ablehnung der Tagesordnung als ein Mißtrauensvotum für den Vollzugsrat. Diese demagogische Schieberei nützte ihm aber nichts, da die Vollversammlung der freigewerkschaftlichen Betriebsräte mit überwältigender Mehrheit die Umstellung der Tagesordnung beschloß. Herr Schachtel, der von der MSPD. geschobene Mann, glaubte durch einen Antrag den Kollegen Krautzer, der als Delegierter des Reichsausschusses anwesend war, aus dem Saale weisen zu können. Das löste sofort eine große Entrüstung unter den Betriebsräten aus. Die wüste Hetze, die das „Volksblättchen" anläßlich der letzten Betriebsrätevollversammlung gegen die freigewerkschaftlichen Betriebsräte getrieben hatte, weil angeblich unionistische Betriebsräte im Saale anwesend waren, veranlaßte die Betriebsräte, sofort eine scharfe Kontrolle der Versammlungsteilnehmer vorzunehmen, und da ergab sich, daß gerade diejenigen, die in der letzten Betriebsrätevollversammlung am meisten gegen den Genossen Fiedler gehetzt hatten, sich selbst das Recht anmaßten, an dieser Versammlung teilzunehmen. Sie wurden sofort aus dem Saal verwiesen. Herr Schaumburg, wohlbezahlter Gewerkschaftssekretär, erklärte beim Verlassen des Saales: **„Ihr könnt ja beschließen, was Ihr wollt; wir führen es doch nicht durch."** Dieser Ausspruch charakterisiert am besten das schamlose Treiben der MSPD.-Angestellten in den Gewerkschaften. In der fortgesetzten Geschäftsordnungsdebatte wurde festgestellt, daß der Vollzugsausschuß, und zwar vornehmlich Schachtel als Vorsitzender, für die Durchführung der gefaßten Beschlüsse in der letzten Vollversammlung nichts unternommen hatte. Die Versammlung erblickte in diesem Vorgehen Schachtels eine direkte Sabotage. In einem Antrage, der mit großer Mehrheit angenommen wurde, wurde dem Vollzugsausschuß das Mißtrauen der Betriebsräte ausgesprochen und eine Neuwahl beschlossen.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung sprach dann der Kollege Krautzer als Referent und gab zugleich einen Bericht von der Tagung des Fünfzehner-Ausschusses in Berlin. Sein Vortrag hob sich in sachlicher Form sehr von der Schieberpolitik eines Schachtel ab. Er bewies an der Hand seines Materials die **unbedingte Notwendigkeit der Einberufung eines Betriebsrätekongresses.**

Anschließend an diesen Vortrag wurden in der Diskussion mehrere Anträge eingebracht, in denen u. a. gefordert wird, sofort nach dem Wahlmodus des Betriebsrätegesetzes Kontrollausschüsse zu bilden, um die Tätigkeit des hiesigen Kontrollausschusses wirksamer zu gestalten. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen. In einem weiteren Antrag des Kollegen Wichmann wurde das Verhalten des Arbeitersekretärs Wielepp gebrandmarkt, der versucht hat, **als Angestellter die freigewerkschaftliche Betriebsrätevollversammlung zu sprengen.** Es wurde von ihm eine Erklärung verlangt, die er auch gab, **daß er unbedingt die Maßnahmen der Beschlüsse der Betriebsrätevollversammlung und des Kontrollausschusses durchführt.** Ein Antrag auf Neuwahl des Kontrollausschusses wurde dann zurückgestellt. In einem weiteren Antrag wurde das Bezirkskartell aufgefordert, sofort in allen anderen Orten des Bezirks Halle-Merseburg die Bildung von Kontrollausschüssen durchzuführen. Für deren Zusammenfassung soll das Bezirkskartell Sorge tragen.

Die Versammlung wurde, nachdem der oben abgedruckte Aufruf an die hallische Arbeiterschaft zur Bildung von Kontrollausschüssen angenommen worden war, in vorgerückter Stunde von dem Kollegen Schneidewind, der die Leitung übernommen hatte, geschlossen.

*

Für einen mitteldeutschen Betriebsrätekongreß.

Am Mittwoch fand in Trotha eine Gruppenratssitzung der Betriebe von Trotha statt. Nach längerer Aussprache, in der sich die Redner gegen die Sabotage der Gewerkschaftsführer bei dem Kampf der Arbeiter gegen Hunger und Teuerung wandten, wurde folgende Entschließung angenommen:

„Der Kontrollausschuß und der Vollzugsausschuß der Freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale Halle-Merseburg werden ersucht, sofort einen mitteldeutschen Betriebsrätekongreß einzuberufen, der zu dem Reichsbetriebsrätekongreß Stellung nehmen soll. Sollte der Vollzugsausschuß die Einberufung ablehnen, fordern wir die sofortige Einsetzung eines Bezirksausschusses der die Vorbereitungen für den mitteldeutschen Kongreß durchführt."

---

* **Kommunistische Jugend.** Am Freitag, dem 6. Oktober, finden folgende Vorträge statt: Gruppe Süd: „Kommunistisches Manifest" (Genosse Wöhn); Gruppe Zentrum: „Politische Lage" für ältere Mitglieder (Genosse Sachse); Gruppe Norden: „Kapitalismus und Kommunismus" (Genosse Bechstedt).

Sonderbare Methoden beim Schlichtungsausschuß Halle

Der Vorsitzende will die Presse ausschließen

In der gestrigen Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß in Halle, die sich mit der Entlassung des Korrektors Osterburg aus der Produktiv-Genossenschaft beschäftigte, glaubte der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses, Prof. Joerges, gegen den „Klassenkampf" polemisieren zu müssen. **Da er in der vorhergehenden Verhandlung die Oeffentlichkeit nicht zuließ,** so hatte bei der Geschäftsleitung der berechtigte Gedanke Platz gegriffen, daß diese Verhandlungen unter dem Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfinden. Von der Redaktion ist denn aus diesem Grunde heraus gegen den Schlichtungsausschuß polemisiert worden. Joerges gab eine Erklärung ab, die die Tendenz hatte, den Streit politisch auszuschlachten und die Mitglieder des Schlichtungsausschusses politisch zu beeinflussen, obgleich er die Objektivität des Schlichtungsausschusses betonte. **Als dann die Geschäftsleitung erklären wollte, daß der politische Pressekampf niemals Sache des Schlichtungsausschusses sein dürfe, sondern er sich nur mit dem Verhandlungsgegenstand zu beschäftigen habe, drohte er, den Genossen Dippe in eine Geldstrafe wegen unbehörlichen Betragens vor Gericht zu nehmen.** Für die Objektivität des Herrn Joerges ist charakteristisch, daß er wohl den Artikel des „Klassenkampf" zur Verlesung brachte, nicht aber die beiden Artikel der „Volksstimme", die erst den „Klassenkampf" Veranlassung gaben, zu antworten. Aus den Artikeln der „Volksstimme" ging klar hervor, daß nur Mitglieder des Schlichtungsausschusses den Bericht der „Volksstimme" geliefert haben konnten. Diese Artikel aber hatte Herr Joerges nicht zur Hand. Warum wohl nicht?

Nachdem der Schlichtungsausschuß über eine Stunde schon getagt hatte, fiel es dem Vorsitzenden ein, zu fragen, wer der anwesende Berichterstatter sei. Auf die Antwort, daß es der Berichterstatter des „Klassenkampf" sei, leistete sich Joerges den Ausspruch: **„Also da ist er unbemerkt hineingeschmuggelt worden."** Genosse Urban wies darauf hin, daß die Presse es nicht nötig hat, sich hineinzuschmuggeln, um so weniger, als ja nach dem eigenen Anspruch des Vorsitzenden die Verhandlungen öffentlich sind, und daß bei keinem anderen Gericht oder Schlichtungsausschuß **die Pressevertreter erst die Vorsitzenden um Erlaubnis der Teilnahme nachsuchen müssen. Als sich dann Herr Joerges die Anmaßung erlaubte, der Redaktion des „Klassenkampf" Vorschriften über die Berichterstattung zu machen,** wies Genosse Urban diese mit den Worten zurück: **Die Redaktion weiß selbst, was sie zu schreiben hat.** Diese Zurückverweisung in seine Schranken nahm Joerges zum Anlaß mit dem Hinauswurf des seiner Meinung nach eingeschmuggelten Berichterstatters zu drohen. Der Pressevertreter erklärte darauf, daß der Schlichtungsausschuß kein Recht habe, die Presse auszuschließen. Entweder erschließe die ganze Oeffentlichkeit aus oder aber die Presse bleibt im Verhandlungszimmer.

Das schien dem Vorsitzenden des hallischen Schlichtungsausschusses noch nicht passiert zu sein, daß ein Pressemensch es wagte, dem Allgewaltigen zu widersprechen. Zornbebend sprang er von seinem Sitze und die befahl die Räumung des Zimmers. Nahezu Dreiviertelstunde brütete nun der Schlichtungsausschuß über diesen Vorfall. Die Beisitzer des Schlichtungsausschusses sahen wohl ein, daß der Vorsitzende seine Befugnisse überschritten hatte, da sie aber doch nicht ihn ganz fallen lassen konnten, so faßte der Schlichtungsausschuß folgenden Beschluß:

Das Verhalten des Berichterstatters ist ungebührlich. Der Schlichtungsausschuß sieht von einem Ausschluß des Berichterstatters ab, da er erwartet, daß kein weiterer Anlaß dazu gegeben wird.

Ungebührlich ist das Verhalten eines Schlichtungsausschußvorsitzenden, der sich erlaubt, den politischen Pressekampf zum Gegenstand einer Schlichtungsausschußsitzung zu machen. Wenn er das Bedürfnis hat, Erklärungen vom Stapel zu lassen, so muß er sie schon an die zuständige Stelle gelangen lassen, in diesem Falle an die Redaktion des „Klassenkampf" und nicht in der Verhandlung des Schlichtungsausschusses sie einer Klagepartei vorwerfen, die nicht dafür verantwortlich ist.

Ungebührlich ist das Verhalten eines Schlichtungsausschußvorsitzenden, der die Zulassung der Presse von seiner Zustimmung abhängig machen will, und der wagt, der Presse Vorschriften über die Art der Berichterstattung zu machen. Der Vorsitzende muß in öffentlicher Verhandlung so viel Zuhörer zulassen, als Raum vorhanden ist. Erst bei Ueberfüllung des zur Verfügung stehenden Raumes kann er Zuhörer hinauswerfen. Daß ein Pressevertreter und ein Zuhörer (mehr waren zunächst nicht anwesend) den Raum nicht überfüllen, das wird wohl auch Herr Joerges nicht behaupten wollen. Wenn dann ein ihm ihm gesetzlich gewährleistetes Recht wahrnehmender Pressevertreter auf die Anrempelung, er wäre hineingeschmuggelt worden, die gebührende Antwort erhielt, dann ist das in den Augen des Schlichtungsausschusses ein ungebührliches Verhalten.

Wir können nicht wissen, mit welchem Stimmenverhältnis dieser Beschluß gefaßt worden ist, durch das zustimmende Kopfnicken von Arbeitnehmervertretern wird einem der Gedanke aufgedrängt, daß dieser Beschluß mit mehr als 4 Stimmen, die des Vorsitzenden und der drei Arbeitgebervertreter, gefaßt worden ist.

Die Arbeiterschaft hat zu den Schlichtungsausschüssen im allgemeinen kein allzu großes Vertrauen. Durch diese Vorkommnisse, die die Vermutung aufkommen lassen können, daß die Anwesenheit der kommunistischen Presse zumindest dem Schlichtungsausschußvorsitzenden nicht gerade angenehm ist, wird das Vertrauen zu dem unparteiischen Schlichtungsausschuß gerade nicht gehoben.

*

Osterburg macht in seiner Klage geltend, daß er zum alten Personal gehöre, er auch nicht entlassen werden durfte, da ein anderer Korrektor sich bereit erklärt hätte, aus dem Korrektorenzimmer in den Setzersaal zu gehen. Demgegenüber steht fest, daß er in der Ferienfrage sich als Neueingestellter selbst betrachtet hat, denn er selbst hat nicht den Anspruch auf 3 Wochen Ferien gestellt, die allen über ½ Jahr in dem Betrieb der Produktiv-Genossenschaft Beschäftigten gewährt werden, sondern er hat die Geschäftsleitung um einige Tage Ferien gebeten, die ihm und einem anderen Setzer, der ebenfalls noch kein halbes Jahr im Betrieb war, auch gewährt wurden. Als aber Osterburg den anderen Korrektor in einer Buchdruckerversammlung vorwarf, daß er ein Spitzel sei, da zog dieser Kollege natürlich sein Angebot zurück. Vor dem Schlichtungsausschuß wiederholte Osterburg diesen Anspruch und zog in der unflätigsten Weise über seine Kollegen und Genossen her. Wenn Osterburg noch bei einigen Genossen Sympathie hatte, durch sein Verhalten vor dem Schlichtungsausschuß hat er sich jeden Anspruch, als Mitglied der Kommunistischen Partei zu gelten oder als Kommunist angesprochen zu werden, vergeben.

Obgleich bei den Ausführungen des Genossen Barnack die Ausschußbeisitzer wiederholt ihre Zustimmung bestätigten, fällte der Schlichtungsausschuß abweichend von der zur Verhandlung stehenden Frage folgenden Entscheid: Osterburg ist weiter zu beschäftigen.

In der Begründung heißt es: „Nach der Arbeitsordnung dürfen Entlassungen nur mit Zustimmung des Betriebsrates vorgenommen werden. **Der Betriebsrat hat den Ausführungen zugestimmt, nur sollte an Stelle Osterburgs ein anderer entlassen werden.** Der Schlichtungsausschuß hatte also nur zu entscheiden, ob Osterburg zum alten oder zum neuen Personal gehört. Weiter nichts. Da er aber noch einen Beschluß faßte, daß die Produktiv-Genossenschaft verkürzt arbeiten muß, ehe sie Entlassungen vornehmen darf, so hat der Schlichtungsausschuß über Sachen entschieden, die gar nicht Gegenstand der Verhandlung waren. Jedenfalls ein charakteristisches Zeichen für die Objektivität des Schlichtungsausschusses.

Dieser Spruch ist ein vollkommener Fehlspruch und die Geschäftsleitung der Produktiv-Genossenschaft kann und darf sich diesem offenbaren Fehlspruch nicht fügen.

Wir können nicht annehmen, daß dieser Spruch aus politischen Gründen gefällt worden ist, sondern sind der Ansicht, daß der Schlichtungsausschuß durch nicht genügende Kenntnisse und durch die abschweifenden Ausführungen Osterburgs zu diesem Fehlspruch gekommen ist. Mit diesem Spruch als auch mit dem Entscheid werden sich noch andere Stellen zu beschäftigen haben, denn niemand kann gezwungen werden, einen Entscheid, der in einer gar nicht zur Verhandlung stehenden Sache gefällt worden ist, anzuerkennen.

Die täglichen Lügen der VSPD.

Bisher überboten sich die beiden in Halle erscheinenden menschewistischen Zeitungen in der Lüge und Verleumdung der Kommunisten. Jetzt haben sie sich vereinigt, um mit vereinten Kräften gegen die Kommunisten zu hetzen. Diese vereinte Hetze gibt jetzt täglich das nur durch frechen Diebstahl erscheinende „Volksblatt" von sich. Was dieses Blatt sich täglich leistet, geht tatsächlich auf keine Kuhhaut. In ihrem blinden Haß gegen die Arbeiter, die sich nicht mehr, auch nicht von der MSPD. an der Nase herumführen lassen wollen, unterlaufen den nervösen Leuchen auf dem Harz interessante Dinge, die auf die Kampfmethoden mit dem Gegner ein eigenartiges Licht werfen. Am Dienstag teilten sie mit, daß es 3000 Arbeiter waren, die auf dem Marktplatz demonstrierten. Nachdem sie eine Nacht darüber geschlafen haben, waren es in einem gestrigen Artikel „kaum" noch 2000 und in dem Bericht, den sie an den „Vorwärts" gaben, waren es nur noch 1500. Der Aufmarsch der Arbeiter hat die Leute schon so verwirrt, daß sie nicht einmal mehr wissen, was sie einen Tag vorher geschrieben haben. Man kann es ihnen darum auch nicht übelnehmen, wenn sie aus den Ausführungen der Redner sowohl im gestrigen Bericht des „Volksblatt" wie auch in dem Bericht an den „Vorwärts" von einem wüsten Geschimpfe gegen den ADGB. und gegen die VSPD. schreiben, obwohl die Redner nur einige Feststellungen über das Verhalten dieser beiden Organisationen machten und darauf hinwiesen, daß sie keinen VSPD.- und keinen KPD.-Hunger kennen, sondern nur einen Hunger, ein Elend, das die gesamte Arbeiterschaft zum Handeln zwingt. Ebenso auch, wie man es im „Volksblatt" und im „Vorwärts" nachlesen kann, daß der Sitzungssaal „gestürmt" worden ist und die Delegation befriedigt abzog und nichts mehr über die geforderte Anerkennung des Kontrollausschusses gesagt hat, als man ihnen mitteilte, daß das Stadtparlament bereits 20 Millionen Mk. zur Linderung der Not bewilligt habe. Wir brauchen wohl nicht besonders zu betonen, daß das alles dick aufgetragener Schwindel ist. Wir wollen nur mitteilen, daß ein Mitglied der VSPD. den heftigen Auseinandersetzungen des Kontrollausschusses mit dem Vorsteher beigewohnt hat. Es wird ja Auskunft geben können, was dort vor sich gegangen und was beschlossen worden ist. Mit solchen Methoden wird die VSPD. die Arbeiter nicht abhalten von dem, was sie jetzt in der Stunde der größten Teuerung und des Wuchers tun müssen. Der zielbewußte Teil der Arbeiter weiß, **daß die VSPD. das Proletariat niemals zum Kampfe gegen die Ausbeuter aufrufen wird, daß die VSPD. nicht mit den Arbeitern ist, sondern daß sie die Kampffront der Arbeiter zerreißt und so die Helfershelfer der Reaktion ist, die die Arbeiter immer tiefer ins Elend stößt. Das kann und wird nicht immer so weiter gehen.**

Der Streik der Bau- und Möbeltischler

dauert in unveränderter Form fort. Die Versuche des Vorsitzenden vom staatlichen Schlichtungsausschuß führten zu keinem Ergebnis. Bisher haben 26 Firmen mit 281 Beschäftigten die Forderungen anerkannt. Die bei der Firma Spanier, Lilienstraße, Arbeitenden sind Arbeitswillige und als solche zu bewerten.

Die neuen Lohnsätze der hiesigen Schuhmachereigehilfen

sind wie folgt festgesetzt: vom 30. September bis 6 Oktober für die 1. Klasse 58 Mk., für die 2. Klasse 56,50 Mk. und vom 7. Oktober für die 1. Klasse 64 Mk. und für die 2. Klasse 62,50 Mk. Vorstehende Lohnsätze sind mit Vorbehalt einstweilen bis zum 13. Oktober abgeschlossen worden. Die Kollegen werden ersucht, darauf zu dringen, daß diese Sätze auch bezahlt werden.

---

* **Eine Sitzung des Kontrollausschusses** findet am Freitag, dem 6. Oktober, nachm. 5½ Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft" statt

Aus der Provinz

Es gärt im rechtssozialistischen Lager

Die Magdeburger Arbeiterschaft für den Reichsbetriebsrätekongreß

Die Arbeiterschaft Magdeburgs, hauptsächlich Großbetriebe, haben erneut zum Reichsbetriebsrätekongreß und den Beschlüssen des Reichsausschusses Stellung genommen. In einer am Mittwoch der vergangenen Woche stattgefundenen Betriebsräteversammlung wurde ein siebengliedriger Kopf gewählt, der für Magdeburg alle organisatorischen Vorarbeiten für das Zustandekommen des Betriebsrätekongresses zu treffen hat. In einem Aufruf wandte sich nun der Ausschuß an die Arbeiter, Angestellten und Beamten Magdeburgs und lud sie nach den Versammlungen, die am Montag hier stattfanden, ein. Die beiden Blätter der MSPD. haben es abgelehnt, den Aufruf der Siebenerkommission abzudrucken und nicht nur das, sondern in einer ekelhaften widrigen Hetze fielen sie über die Betriebsräte her. Der Ortsausschuß des ADGB. veröffentlichte einen Aufruf und forderte die Arbeiter auf, die von den Betriebsräten angesetzte Versammlung nicht zu besuchen. Trotzalledem fanden die Versammlungen statt und es zeigte sich auch, daß **die Arbeiterschaft sich einmütig hinter die hier gewählte Kommission und den Betriebsräteausschuß stellt,** was in folgender Resolution zum Ausdruck kommt:

„Die am 2. Oktober 1922 in Magdeburg stattgefundenen öffentlichen **Versammlungen nahmen Stellung zu dem Vorgehen der Berliner Betriebsräte** und den Maßnahmen, die der Vorstand des ADGB. gegenüber der Teuerung bis jetzt getroffen hat. Festgestellt muß werden: Obwohl die Spitzenorganisationen von der Arbeiterschaft aus allen Teilen des Reiches dringend aufgefordert wurden, den ernsten Kampf um die Durchführung der Forderungen des ADGB. aufzunehmen, weigert sich der ADGB., für diesen Kampf die Arbeiterschaft aufzurufen. Anstatt die Durchführung der Forderung zu erzwingen, werden fruchtlose Verhandlungen mit der Regierung geführt. **Auf das schärfste verurteilt die Versammlung die zögernde Haltung der Spitzenorganisationen und heißt das Vorgehen des Reichsausschusses der Betriebsräte gut. Der Reichsbetriebsrätekongreß muß unter Ueberwindung aller Schwierigkeiten unbedingt zusammentreten, um die notwendigen Maßnahmen zum Kampf gegen den Wucher, die allgemeine Teuerung und gegen die grenzenlose Wohnungsnot zu treffen. Die Versammlung erklärt sich mit dem Vorgehen des**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221005-13/fragment/page=0005

Nebenausschusses, welcher die örtlichen Vorarbeiten für die Einberufung des Reichsbetriebsrätekongresses in die Wege leiten will, **einverstanden und fordert die gesamte Magdeburger Arbeiterschaft auf, den Ausschuß tatkräftig zu unterstützen.“**

Es ist sehr beachtenswert, daß die Arbeiterschaft in Magdeburg, der Hochburg der SPD., zum Reichsbetriebsrätekongreß eine solche Stellung einnimmt. Also auch unter der rechtssozialistischen Arbeiterschaft gärt es gewaltig. Die reformistischen Gewerkschaftsführer verlieren immer mehr Boden unter ihren Füßen. Alle ihre heftige Agitation gegen den Kongreß nützt nichts; die Arbeiter, gleichviel ob kommunistisch oder rechtssozialistisch, haben Hunger und verlangen, daß der weiteren Verelendung Einhalt geboten wird.

Sammlungen für den Reichsbetriebsrätekongreß

Alle für den kommenden Reichsbetriebsrätekongreß gesammelten Gelder sind an den Kollegen Otto Schmidt, Halle, Jahnstraße 11, links, zu senden. Sammellisten miteinsenden! Desgleichen sind die Gelder für die Mitteilungsblätter an die gleiche Adresse zu senden.

Der Kontrollausschuß.
J. A.: Otto Schmidt, Kassierer.

Bitterfeld

Siepfeifen auf Beschlüsse! Die Vereinigung der Menschewisten scheint die beiden Gewerkschaftsstrategen des **Metallarbeiterverbandes besoffen gemacht zu haben. Nachdem der Magde**burger Schwatzmagister Lebbin schon monatelang Vorträge in den Gewerkschaftsmitglieder-Versammlungen über „Das Gehirn“ abgehalten hat, glaubt er mit Hilfe seines Freundes Stadtverordnetenvorster a. D. Spengler (von seinen jetzigen Parteifreunden seines Postens als Vorsteher enthoben), daß die Verkalkung so weit vorgeschritten ist, um ziemlich offen gegen die KPD. vorgehen zu können. Trotzdem vor einiger Zeit von der Ortsverwaltung des DMV. der einstimmige Beschluß gefaßt wurde, sämtliche drei Arbeiterzeitungen im Bureau auszuhängen, bestellten die von Demokratie triefenden Sozialdemokraten am 1. d. M. den „Klassenkampf“ ab. Es wäre wirklich interessant, zu erfahren, was die Leute für Ausreden gebrauchen werden. Ob sich Herr Spengler für das „Klassenkampf“geld eine neue Schnapsbulle kaufen will? Oder gedenken diese Herrschaften, sich ihre Posten besser zu sichern, wenn die Kollegen über ihre arbeiterschädigende Politik nicht aufgeklärt werden? Metallarbeiter Bitterfelds, zeigt bei der kommenden Wahl im Dezember, daß ihr trotz aller Schikanen eines Lebbin und Spengler nicht gewillt seid, Eure Interessen weiter von diesen Heuchlern verraten zu lassen.

Freigewerkschaftliche Betriebsräte-Zentrale: Gruppenversammlung der Kleinindustrie (Gruppe 3) Freitag, den 6. Oktober, nachmittags 5 Uhr, im Bahnhofshotel Richter. — Betriebsräte-Vollversammlung Mittwoch, den 18. Oktober, 5¼ Uhr, im „Bürgergarten“. — Ortsausschuß des ADGB.: Dienstag, den 10. Oktober, abends 8 Uhr, Kartellvorstandssitzung im Bureau des Fabrikarbeiterverbandes. — Mittwoch, den 11. Oktober, abends 7 Uhr, Kartellversammlung im „Bürgergarten“. — Die Gewerkschaften werden darauf aufmerksam gemacht, daß die **Anträge zur nächsten Kartellversammlung bis zum 7. Oktober beim** Sekretariat eingegangen sein müssen.

Magdeburg

Großfeuer. In der Zichoriendarre Sudenburg entstand in vergangener Nacht ein Großfeuer. Der Schaden ist sehr beträchtlich.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hans Urban; für Anzeigen Fritz Kroh; Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H. Lerchenfeldstraße 14. Abtlg. Verlag Klassenkampf.

Wir sind noch billig!

Roßchevreau-Damenhalbschuhe 36/42 **1650,—.**
Rindbox-Damenstiefel sehr gute Qualität 36/42 **1650,—.**
Arbeitsschuhe 42/46 **1850,—.** 3980

Wiebachs Schuhwarenhaus, Kl. Ulrichstr. 11/12.

K·P·D

Kommunistische Partei Deutschlands
Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau und Kasse: Lerchenfeldstraße 14. Fernsprecher 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107001, Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 5 Uhr. Sonnabends nachm. geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Bureau: Lerchenfeldstraße 14, Fernspr. 1473. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 1 und 4 bis 7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Kommunist. Metallarbeiter, Betriebsobleute und Vertrauensleute der Metallindustrie. Freitag, 6. Oktbr., abds. 7 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft“: **Wichtige Sitzung.**

Proletarische Erzieher. Freitag, 6 Oktober, abends 6 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft“: **Sitzung.**

Orts-, Bezirks- u. Jugend-Bildungs-Ausschuß. Freitag, 6. Oktober, nachmitt. 5 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft“: **Wichtige Sitzung.**

Halle-Saalkreis.

Passendorf. Sonnabend, 7. Oktbr., abds 8 Uhr, im Gasthof „Drei Lilien“: **Mitglieder-Versammlung.**

Beuchlitz. Sonnabend, 7. Oktbr., abds. 8 Uhr, im Gasthof Schubert: **Funktionär-Sitzung.**

Raundorf a Petersberg. Sonnabend, 7. Oktbr., abds. 8 Uhr, im Gasthof Husung: **Mitgliederversammlung.**

Könnern. Sonnabend, 7. Oktbr., abds. 8 Uhr, im „Bürgergarten“: **Mitglieder-Versammlung.**

Kreis Bitterfeld.

Bitterfeld. Sonntag, 8. Oktbr., vorm 9 Uhr, im „Fürst Bismarck“: **Kreis-Konferenz.**

Brehna. Sonnabend, 7. Oktbr., abds. 8 Uhr, im Gasthof „Zur Erholung“: **Mitglieder-Versammlung.**

Kreis Delitzsch.

Eilenburg. Sonnabend, 7. Oktbr., abds. 8 Uhr, in der „Quelle“: **Mitglieder-Versammlung.** Thema: „Bürgerliche od. proletarische Moral“. Referent: Genosse Otto Müller (Halle).

Mansfelder Seekreis.

Wolferode. Sonntag, 8. Oktbr., abds. 7¼ Uhr, im „Anker“: **Mitglieder-Versammlung.**

Kreis Merseburg.

Schkeuditz. Freitag, 6. Oktober, abends 8 Uhr: **Mitgliederversammlung.**

Goddula u. Umgebung. Sonnabend, 7. Oktbr., abds. 8 Uhr, im „Grünen Hof“: **Mitgliederversammlung.**

Wehlitz. Sonnabend, 7. Oktober, abds. 8 Uhr, im Gasthof Thieme: **Oeffentl. Versammlung.** Referent: Genosse Willi Sachse (Halle).

Kreis Sangerhausen.

Sangerhausen. Sonntag, 8. Oktober, vormitt. 9 Uhr, in der „Bierhalle“: **Außerordentliche Kreiskonferenz.**

Artern. Sonnabend, 7 Oktober, abds. 8 Uhr, im „Göthehaus“: **Mitgliederversammlung.**

Ustrungen. Sonnabend, 7. Oktbr., abds 8 Uhr, in der „Gemeindeschenke“: **Oeffentliche Versammlung.** Referent: Genosse Lademann

Breitungen. Sonntag, 8. Oktbr., abds 8 Uhr, im „Gemeindegasthof“: **Oeffentl. Versammlung.** Referent: Genosse Lademann.

Alle Sorten Felle
kaufen zu höchsten Preisen 3968
Bargenda & Neubert, Mühlgasse 3.

Arbeitsmarkt

Hochbaumaurer
stellt sofort ein. 3984
Hermann Mäcke
Leipziger Straße 87.

Bücher und Zeitungen Kilo Mk. **26**

Altpapier . Kilo 15 Mk.	Zink und Blei Kilo 90 Mk.
Strickwolle . Kilo 90 Mk.	Knochen . Kilo 12 Mk.
Alteisen . Kilo 12 Mk.	Messing . Kilo 140 Mk.
Maschinenguß Ia. „ 20 Mk.	Kaninfelle Stck. b. 100 Mk.
Schmiedeeisen Kilo 15 Mk.	Ziegenfelle Stck. b. 300 Mk.

Lumpen .... Kilo **20** Mk.

Nur
82/83 Freiimfelderstraße 82/83.
20 Lauchstaedter Straße 20.
Rohprodukten-Zentrale von Albin Schondorf.
Fernruf 9063. Fernruf 3954.
Bei Verkauf von Metallen bitte um Personalausweis.
Kostenlose Abholung. Fahrt- und Frachtvergütung.
Reelles Gewicht. 3976

Arbeiter, Angestellte, Beamte!
von **Halle u. Umg.** deckt Euren Bedarf an

Herren-, Damen- u. Kinderstiefel
in schwarz und braun, sowie **Arbeitsschuhe** und **Halbstiefel** in guter Lederverarbeitung zu Fabrikpreisen nur in der Filiale
Lerchenfeldstr. 14 (Eingang Schützenstr.),
der 1. Weißenfelser Genossenschaftsschuhfabrik.
Kauft nur in der Genossenschaft! 656

Wittenberg.

Gelegenheitskäufe
Mittelstraße 43a.
Feldgraue Hosen, Arbeitshosen, Sporthosen in vielen schönen Mustern, gestreifte Tuchhosen, grüne Tuchhosen, weiße Dresljoppen u. Hosen, Westen, Hosenträger, Sockenhalter, Turngürtel, **Arbeitsschnürschuhe** in braun, die beliebte und beste Qualität.
Kinder-Sommerjoppen, blaue Monteuranzüge, Gummimäntel, Selbstbinder, Wickelgamaschen.
Die große Mode.
Haubennetze in allen Farben. 1125
Herren- und Damen-Hemden, Damen-Unterhosen, Socken und wollene Damenstrümpfe.

Annaburg-Prettin-Elster.
Palast-Theater. 1124
Mit Büchse u. Lasso. 2. Teil: In wildem Ringen
Großer Wildwest-Film in 6 Akten.
Dazu **Die Toms.** — **Eine heikle Wette.** — Humoreske in 2 Akten.
Prettin: Freitag, den 6. Oktober.
Annaburg: Sonnab., d. 7., Sonntag, d. 8. Oktob.
Elster: Montag, d. 9. Oktober. Anfang 8¼ Uhr.

Kommunistische Literatur
zu haben bei
O. Meusel,
Juristenstraße 11
— Telephon 239. —

Damen-Velourethüte u. Wiener Velour,
zum Teil mit kleinen Fehlern, sind neu eingetroffen. 3974
Bekannt billige Preise.
Stück 250 bis 850 Mark.
Nur Anna Lehmann, Steinweg 20

Denken Sie daran
bei den Bedarf an
Bettwäsche
wie billig wir sind!
Deckbettbezüge 1400, 1565, 1600
nur in guten Stoffen.
Kopfkissen 240, 285, 325
Bettlaken 750, 825, 850 usw
Wäschestoffe 175, 195, 220 usw.
Sichern Sie sich durch Anzahlung gekaufte Waren zur späteren Abholung.
Berliner Bettwäschefabriken.
Verkaufsstelle: *824
Halle, Ludwig-Wucherer-Straße 25.

Konsumverein f. Ammendorf u. Umg.
e. G. m. b. H.

Freitag, 6. Oktober, abds. 7½ Uhr, in **Gaudigs Restaur., Ammendorf:**
Ordentliche
Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1921/22. Revisionsbericht des Aufsichtsrates. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes.
2. Wahl eines Vorstandsmitgliedes als Kontrolleur.
3. Wahl von zwei Aufsichtsratsmitgliedern und zwei Ersatzmännern.
4. Aenderung der §§ 7 und 9 des Statuts.
5. Anträge der Mitglieder. (Dieselben müssen bis zum 5. Oktober schriftlich eingereicht sein).
6. Verschiedenes. *822

Der Aufsichtsrat.
Karl Haring. Gustav Wagner.
Zutritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte.

Bekanntmachung.

Infolge der ständig steigenden Kohlen- und Mehlpreise sehen wir uns leider gezwungen von heute an den Preis für ein
markenfreies Brötchen auf 4 M.
und für ein
markenfreies Brot auf 120 M.
zu erhöhen. 838
Bäcker-Zwangs-Innung
zu Halle a. Saale und Umgegend.

Hosenträger
besonders preiswert.
Dauerwäsche-Vertrieb
Kl. Berlin 2.

Sport-Stutzen 655
in reiner Wolle und wollgemischt.
J. Rautenberg
Leipziger Str. 87.

Auf Kredit
liefern wir Ihnen zu günstigen Bedingungen:
Damen- Mäntel, Kostüme, Kleider, Blusen, Strickjacken, Jumper.
Herren- Raglans, Ulster, Paletots, Anzüge, Gummimäntel.
Carl Klingler, 11 I Leipziger Strasse 11 I
nur 1 Treppe, Eing. Sandberg
3973
Kein Laden, nur 1. Etage.

Kaufe
Lumpen, Alteisen, Bücher, Zeitungen, Papierabfälle zu Tagespreisen! 3915
Adolf Beer,
Kutschgasse 2. Fernruf 2276.

Jede Drucksache
die im Geschäfts- wie Privatverkehr benötigt wird, liefert die Buch- und Kunstdruckerei Produktiv-Genossenschaft Halle, Lerchenfeldstr. 14. Es
ist
das Prinzip der Firma, schnell geschmackvoll und preiswert zu bedienen. Die Druckerzeugnisse erbringen den Beweis, daß
immer noch
der Geschäftswelt wie den Vereinen, die Veranstaltungen arrangieren, durch eine wirkungsvolle Drucksache ein Erfolg unbedingt sicher ist. Sie sind und bleiben
das beste Werbungsmittel
Fernruf: Nr. 1045, 1047, 2251

Gold-, Silber-, Platinbruch, 684
Alte Zahngebisse, Uhren, Ketten, Ringe
kauft zu hohen Berliner Preisen.
Bitte überzeugen!
Metall-Kontor
A. Abramowitz,
Schmeerstraße 14, I.
— (Kein Laden). —

Kochherde
Patent-Truden, Waschkessel,
eiserne u. transport.
Kachel-Oefen
Christian Glaser,
Halle, 653
Gr. Klausstr. 24,
Fernsprecher 6138.

Lederkoppel
à 100 Mark,
zu kaufen gesucht. 3979
Kafeler, Steinweg 19a.

Ein Posten Arbeits-, Militär- u. Manschester-Hosen *651
billig.
Lipper,
Magdeburger Str. 25
am Walhalla.

Leder-Ausschnitte, 652
Schuhmacher-Bedarfsartikel, Gummiabsätze, Gummisohlen, Schnürsenkel, Schuhcreme.
Rob. Schmeißer
Gr. Märkerstr. 5.

Winter-Hemden
Stck. **650,—.**
Dauerwäsche-Vertrieb
Kl. Berlin 2.

Werbt für die „Produktiv-Genossenschaft“!

Einer geehrten Kundschaft zur gefälligen Kenntnis, daß ich mein Kolonialwaren-, Spirituosen- und Landesprodukten-Geschäft an Herrn Paul Richter, Halle, verkauft habe.

Für das mir während meines langjährigen Bestehens erwiesene Vertrauen sage ich meinen besten Dank und bitte ich dasselbe auch meinem Nachfolger entgegenbringen zu wollen. 3972

Hochachtungsvoll **F. F. O. Gebhardt.**

Bezugnehmend auf Obiges die ergebene Mitteilung, daß ich das Kolonialwaren-, Spirituosen- und Landesprodukten-Geschäft der Firma F. F. O. Gebhardt, hier, Steinweg 15, käuflich erworben habe und dasselbe unter der Firma **F. F. O. Gebhardt Nachf.** weiterführe. Ich bitte, das meinem Vorgänger entgegengebrachte Vertrauen auf mich übertragen zu wollen und sichere der mich beehrenden Kundschaft aufmerksame und prompte Bedienung zu.

Hochachtungsvoll ergebenst **Paul Richter.**

Eröffnung heute Donnerstag! Fernsprecher 1928.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019221005-13/fragment/page=0006